

**AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND
WÄHRUNG MONETÄRE DIALOG MIT MARIO
DRAGHI, PRÄSIDENT DER EZB (gemäß Artikel
284 Absatz 3 des AEU-Vertrags) BRÜSSEL,
MONTAG, 18. FEBRUAR 2013**

**COMMITTEE ON ECONOMIC AND
MONETARY AFFAIRS MONETARY DIALOGUE
WITH MARIO DRAGHI, PRESIDENT OF THE
ECB (pursuant to Article 284(3) of the EC
Treaty) BRUSSELS, MONDAY, 18 FEBRUARY
2013**

**COMMISSION ÉCONOMIQUE ET MONÉTAIRE
DIALOGUE MONÉTAIRE AVEC M. MARIO
DRAGHI, PRÉSIDENT DE LA BCE (conformément
à l'article 284, paragraphe 3, du traité sur le
fonctionnement de l'Union) BRUXELLES, LUNDI
18 FÉVRIER 2013**

1-002

VORSITZ: SHARON BOWLES
Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und
Währung

(Die Sitzung wird um 15.33 Uhr eröffnet)

1-003

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Frau Vorsitzende! Es ist mir eine Freude, wieder zu unserem regelmäßigen Meinungsaustausch vor Ihrem Ausschuss hier im Parlament zu erscheinen.

Wir beginnen das Jahr 2013 finanziell gesehen stabiler als die vorangegangenen Jahre. Dies wurde durch aufeinander abgestimmte Reformen von Regierungen und Parlamenten sowie durch entschlossene Maßnahmen der europäischen Institutionen erreicht. Es sind jedoch erhebliche weitere Bemühungen erforderlich, um sicherzustellen, dass Europa die Krise überwindet, neues Vertrauen bei Investoren sowie Bürgerinnen und Bürgern schafft und Stabilität und Wachstum wiederherstellt.

Dieses Hohe Haus spielt eine wichtige Rolle für die Reformagenda. Ich denke dabei insbesondere an die Verabschiedung der Gesetze zum Einheitlichen Aufsichtsmechanismus. Dies ist im Hinblick auf den Fortschritt hin zu einer Finanzunion von größter Bedeutung.

Heute werde ich zunächst die wirtschafts- und währungsbezogenen Entwicklungen im Euroraum seit Dezember bewerten. Danach werde ich auf die beiden Themen eingehen, die Sie als Grundlage für unsere Diskussion gewählt haben: die Auswirkungen eines niedrigen Zinsumfeldes sowie die Einführung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus.

Seit unserem letzten Treffen hat der EZB-Rat die Leitzinssätze nicht verändert: der Hauptrefinanzierungssatz liegt derzeit bei 0,75 %; der Zinssatz für die Einlagefazilität liegt bei 0 %; und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität liegt bei 1,50 %.

Das vierte Quartal 2012 war das dritte Quartal in Folge, in dem die Wirtschaftsaktivität zurückging. Zu Beginn des Jahres 2013 deuten verfügbare Indikatoren bei einer weiterhin schwachen Inlandsnachfrage auf eine weitere Schwächung hin. Dies liegt an der schlechten Stimmung bei Verbrauchern und Investoren sowie an den erforderlichen Anpassungen der Bilanzen im öffentlichen und privaten Sektor. Auch die Auslandsnachfrage ist weiterhin schwach.

Es wird erwartet, dass auf den Konjunkturabschwung von Anfang 2013 im Laufe des Jahres eine allmählicher Aufschwung folgt. Die Stärkung der globalen Nachfrage, eine akkommodierende Geldpolitik sowie die Förderung des Vertrauens in den Finanzmarkt in allen Ländern des Euroraums sollten sich in der gesamten Wirtschaft bemerkbar machen, Ausgaben- und

Investitionsentscheidungen beeinflussen und den Aufschwung fördern.

Auch wenn sich in der Realwirtschaft noch keine nachhaltige Verbesserung gezeigt hat, so haben Umfrageindikatoren frühere Hinweise auf eine Stabilisierung des Vertrauens von Unternehmen und Verbrauchern bestätigt, wenngleich auch auf niedrigem Niveau. Betrachtet man sich die Sache etwas längerfristig, so hat sich das Vertrauen in den Finanzmarkt seit dem letzten Sommer erheblich verbessert. Was den Wechselkurs betrifft, so möchte ich klar und deutlich sagen, dass der Wechselkurs kein politisches Ziel ist. Er ist jedoch für Wachstum und Preisstabilität von großer Bedeutung.

Ein weiteres Zeichen für das gesteigerte Vertrauen sind die größer als erwartet ausgefallenen Rückzahlungen durch Gegenparteien im Rahmen der ersten unserer beiden dreijährigen längerfristigen Refinanzierungsmaßnahmen, die im Dezember 2011 und im März 2012 getätigt wurden. Dies zeigt, dass die Banken sich hinsichtlich ihrer Finanzierungsaussichten sicherer sind als noch vor einem Jahr. Wir werden die Bedingungen auf dem Geldmarkt und ihre potenziellen Auswirkungen auf den Kurs der Geldpolitik genau beobachten, die auch weiterhin akkommodierend sein und eine vollumfängliche Liquiditätsversorgung bieten wird.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euroraum sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Sie ergeben sich aus der möglicherweise schwächer als erwartet ausfallenden Binnennachfrage und Exporttätigkeit, einer langsamen Umsetzung von Strukturreformen im Euroraum sowie geopolitischen Konflikten und Ungleichgewichten in großen Industrieländern, die sich jeweils auf die Entwicklungen an den internationalen Rohstoff- und Finanzmärkten auswirken könnten. Diese Faktoren könnten die anhaltende Stimmungsverbesserung eintrüben und dadurch die Erholung verzögern.

Die jährliche Inflation im Euroraum hat sich weiter abgeschwächt. Wie erwartet, fiel sie von 2,5 % im Oktober auf 2,2 % im Dezember und 2,0 % im Januar. In naher Zukunft wird erwartet, dass die Inflation auf unter 2 % sinkt.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung werden weiterhin als mittelfristig weitgehend ausgewogen angesehen, wobei sich Aufwärtsrisiken aus höheren administrierten Preisen und indirekten Steuern sowie aus einem Anstieg der Ölpreise ergeben und Abwärtsrisiken aus einer schwächeren Konjunktur sowie in jüngerer Zeit aus einer Aufwertung des Euro resultieren. Die Inflationserwartungen für den Euroraum stehen absolut im Einklang mit dem Ziel des EZB-Rates, die jährlichen Inflationsraten unter, jedoch nahe 2 % zu halten.

Unsere monetäre Analyse steht im Einklang mit der Preisstabilität. Die Grundgeschwindigkeit der monetären

Expansion sowie der Kreditdynamik ist weiterhin verhalten. Die jährliche Wachstumsrate der an den privaten Sektor vergebenen Kredite ist weiterhin negativ. Eine abgeschwächte Kreditdynamik spiegelt in großem Umfang die aktuelle Phase des Wirtschaftszyklus, ein erhöhtes Kreditrisiko sowie einen fortwährenden Prozess des Schuldenabbaus wider.

Insgesamt dürfte sich der Inflationsdruck über die geldpolitisch relevante Frist im Rahmen halten. Nimmt man all diese Belege zusammen, so ermöglichen diese eine Fortführung eines akkommodierenden geldpolitischen Kurses.

Lassen Sie mich nun zum ersten von Ihnen für unsere heutige Sitzung gewählten Thema kommen, nämlich den Auswirkungen eines niedrigen Zinsumfeldes. Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Wirtschaft sowie potenzielle auf die Preisentwicklung sind beispiellos. Als Reaktion darauf haben wir beispiellose Maßnahmen ergriffen, um gemäß unserem primären Mandat Risiken für die Preisstabilität präventiv und energisch zu vermeiden.

Erstens haben wir unseren Leitzins auf 0,75 % und somit auf ein Niveau gesenkt, auf dem der Zinssatz in praktisch allen Ländern des Euroraumes zuvor nie gelegen hatte. Der Overnight-Zinssatz auf dem Interbankenmarkt liegt mit fast Null sogar noch niedriger.

Zweitens haben wir Maßnahmen ergriffen, um einen abrupten Rückgang der Kreditversorgung der Realwirtschaft zu verhindern. Wir haben den Banken im Rahmen all unserer Refinanzierungsmaßnahmen uneingeschränkten Zugang zu finanzieller Unterstützung durch die Zentralbank gewährt. Wir haben die durchschnittliche Laufzeit dieser Maßnahmen deutlich verlängert. Wir haben das Spektrum der bankfähigen Sicherheiten erweitert. Die Sicherung der Finanzierung von Banken hat einen ungeordneten Schuldenabbau im Finanzsektor und einen Kollaps des Geld- und Kreditmarktes verhindert, der möglicherweise schwere Auswirkungen auf die Preisstabilität und somit Beschäftigung und Wachstum gehabt hätte.

All diese Entscheidungen haben die Preisstabilität gesichert und die Inflationserwartungen während eines außergewöhnlichen Zeitraums stabilisiert. Natürlich ist sich die EZB der Herausforderungen bewusst, die sich aus einer ausgedehnten Phase niedriger Zinssätze und in großem Umfang verfügbarer Liquidität ergeben. Lassen Sie mich drei wesentliche Herausforderungen erläutern.

Die erste Herausforderung ist die, dass niedrige Zinssätze Sparer und Investoren bei der Generierung von Renditen beeinträchtigen können. Dies gilt insbesondere für Institute, die auf nominale Renditen abzielen, wie zum Beispiel Versicherungsunternehmen und Rentenkassen. Durch die Sicherung der Preisstabilität während der Krise hat die Geldpolitik jedoch zu stabileren finanziellen Bedingungen beigetragen. Dies ist von zentraler Bedeutung für Sparer und Investoren:

Eine nachhaltige Rendite gibt es nur bei stabilen Bedingungen.

Die zweite Herausforderung betrifft die Anreize. Ein ausgedehnter Zeitraum niedriger Zinssätze sowie in großem Maße verfügbarer Liquidität erleichtern eine günstige Umschuldung von Krediten. Somit haben die Banken eventuell einen geringeren Anreiz, das Kreditrisiko ordnungsgemäß zu überwachen und vergeben dementsprechend möglicherweise zu viele Kredite an unrentable Unternehmen. Im Laufe der Zeit würde eine solche Fehlzuteilung finanzieller Mittel die Produktivität insgesamt untergraben und somit Wachstum und Beschäftigung negativ beeinflussen.

Die dritte Herausforderung ist die, dass die ausgedehnte Bereitstellung von Geldern zu Blasen bei den Immobilienpreisen und auf anderen Vermögenmärkten führen kann. Wie die Krise schmerzhaft gezeigt hat, führt das Platzen solcher Blasen zu großen Kosten für die Realwirtschaft.

Eine natürliche Frage in diesem Zusammenhang ist die, ob die Geldpolitik aktiv zur Begrenzung von Aufschwüngen und Blasen bei Preisen von Vermögenswerten eingesetzt werden sollten – solche Maßnahmen werden als Politik des „Sich-gegen-den-Wind-Stellens“ bezeichnet. Dank unserer geldpolitischen Strategie können wir dies in gewissem Umfang auch implizit tun. Wir konzentrieren uns auf den mittelfristigen Horizont und berücksichtigen die monetären Entwicklungen bei der Bewertung der Risiken für die Preisstabilität.

Vor diesem Hintergrund möchte ich deutlich sagen, dass eine Veränderung der Leitzinssätze normalerweise nicht das erstbeste Instrument zur Bewältigung finanzieller Ungleichgewichte ist. Dies sollte nur unter besonderen Umständen in Erwägung gezogen werden, beispielsweise wenn ein breiter Anstieg der Preise von Vermögenswerten die Preisstabilität im gesamten Euroraum gefährdet. Liegen solche Ungleichgewichte von einem für den Euroraum relevanten Standpunkt aus betrachtet nicht vor, so finden sich die geeigneten Instrumente zur Korrektur dieser Ungleichgewichte im Finanzsektor sowie möglicher Fehlentwicklungen von Vermögenspreisen auf Landesebene. Um die Akkumulation übermäßiger Risiken im Finanzsystem oder auf den Immobilienmärkten zu vermeiden, stehen den nationalen Behörden geeignete Besteuerungs- und Aufsichtsinstrumente zur Verfügung.

Lassen Sie mich nun zum zweiten gewählten Thema kommen, der Einführung eines Einheitlichen Abwicklungsmechanismus. Dieses Projekt ist die erforderliche zweite Säule der Finanzunion, eine wesentliche Ergänzung der ersten Säule des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus.

Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus sollte in einer Einheitlichen Abwicklungsbehörde verwurzelt sein, der ein Europäischer Abwicklungsfonds zur Verfügung steht. Ich begrüße die Erklärung des

Europäischen Rates vom Dezember, dass die Kommission im Laufe des Jahres 2013 einen Vorschlag für einen solchen Mechanismus für die Mitgliedstaaten vorlegen wird, die auch Partner des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus sind.

Die EZB teilt die Ansicht des Europäischen Rates hinsichtlich der Zeitplanung für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus, dass dieser erforderlich sein wird, sobald die Bankenaufsicht effektiv an den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus übertragen wurde. Daher begrüßen wir die Tatsache, dass der Europäische Rat die Mitgesetzgeber dazu drängt, den Vorschlag vorrangig zu behandeln und zu prüfen, um diesen während der aktuellen Legislaturperiode anzunehmen.

Es gibt vier Hauptgründe für die Einführung eines Einheitlichen Abwicklungsmechanismus, der in einer Einheitlichen Abwicklungsbehörde verwurzelt ist. Der erste Grund ist der, dass nur mit einer Einheitlichen Abwicklungsbehörde eine rechtzeitige und unparteiische Entscheidungsfindung möglich ist, deren Schwerpunkt auf der europäischen Dimension liegt. In einer Situation, in der eine grenzübergreifende Lösung erforderlich ist, würde die Einheitliche Abwicklungsbehörde eine Konzentration auf die nationale Dimension vermeiden, die optimale Abwicklungsstrategie verfolgen und somit Probleme bei der Koordinierung reduzieren.

Der zweite Grund ist der, dass die Einheitliche Abwicklungsbehörde glaubhaft die kostengünstigste Abwicklungsstrategie verfolgen, mögliche grenzübergreifende Nebeneffekte und systemische Bedenken bewerten und sicherstellen würde, dass die Abwicklungskosten hauptsächlich vom privaten Sektor getragen werden. Somit würden die Abwicklungskosten minimiert, ohne dass man auf das Geld der Steuerzahler zurückgreifen müsste.

Der dritte Grund ist der, dass die Einheitliche Abwicklungsbehörde eine wichtige Ergänzung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus ist. Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus liefert eine rechtzeitige und unvoreingenommene Bewertung der Notwendigkeit einer Abwicklung, während die Einheitliche Abwicklungsbehörde schnelle und effiziente Maßnahmen garantiert, sobald diese Notwendigkeit gegeben ist. Dadurch werden falsch ausgerichtete Anreize vermieden, die sich aus einer auf die europäische Ebene übertragenen Aufsicht bei gleichzeitigem Verbleib der Verantwortung für die Abwicklung auf nationaler Ebene ergeben könnten.

Der vierte Grund ist der, dass eine Einheitliche Abwicklungsbehörde dabei helfen würde, die gefährliche Verbindung zwischen Banken und dem Staat zu durchbrechen.

Natürlich muss die Einheitliche Abwicklungsbehörde stark und effektiv sein, um die erforderlichen Ergebnisse zu liefern. Um dies zu erreichen, müssen drei Eigenschaften gegeben sein. Erstens muss die Behörde über einen starken Rahmen verfügen, der ihr Instrumente und Befugnisse zur Durchführung von

Abwicklungen bietet. In dieser Hinsicht ist die vorgeschlagene Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken von entscheidender Bedeutung. Die Annahme der Richtlinie, idealerweise bis Juni, ist ein dringend erforderlicher Schritt hin zu einem starken europäischen Abwicklungsrahmen.

Zweitens benötigt die Einheitliche Abwicklungsbehörde Zugang zu finanziellen Mitteln zur Durchführung von Abwicklungen. Ihr sollte daher ein Europäischer Abwicklungsfonds zur Verfügung stehen, der über risikobasierte Ex-ante-Abgaben aus dem privaten Sektor finanziert werden sollte. Der Europäische Abwicklungsfonds sollte durch einen öffentlichen Schutzmechanismus geschützt werden. Dieser Mechanismus müsste über spezielle Ex-post-Abgaben aus dem privaten Sektor finanziert werden. Dies bedeutet, dass er mittelfristig finanzpolitisch neutral wäre.

Drittens sollte die Einheitliche Abwicklungsbehörde über eine institutionelle Struktur verfügen, die sie unabhängig macht, ihr ausreichende operative Kapazitäten und einen starken Rechenschaftsrahmen mit einem effektiven justiziellen Schutz im Nachhinein gegenüber Abwicklungsentscheidungen verleiht.

Derzeit bewertet die Kommission die Optionen einer institutionellen Verankerung der Einheitlichen Abwicklungsbehörde. Ich freue mich auf ihren Vorschlag, der diese drei wichtigen Eigenschaften gewährleisten muss. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und stehe nun für Fragen zur Verfügung.

1-004

Vorsitzende. – Vielen Dank für Ihre Ausführungen zu einigen der bevorstehenden Gesetzesprojekte, Herr Draghi! Es ist sehr gut, dass der Europäische Rat den Mitgesetzgeber manchmal dazu ermutigt, etwas zu tun. Allerdings können wir erst dann tätig werden, wenn ein Vorschlag der Kommission vorliegt. Was die Einheitliche Abwicklungsbehörde betrifft, so brauchen wir einen Vorschlag noch vor der Sommerpause, da wir uns andernfalls unmöglich noch damit befassen können. Dies ist die Frist, auf die sich die Institutionen untereinander verständigt haben. Ich habe darauf länger gedrängt, als die hier Anwesenden sich erinnern können, und genau aus diesem Grund kommt es zu Verzögerungen.

Zudem gibt es Probleme im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus. Diesbezüglich haben wir die EZB zu einer Stellungnahme eingeladen. Wir freuen uns darauf, am 26. Februar hoffentlich jemanden zu diesem Thema anhören zu können, da wir diese Dinge gründlich untersuchen müssen. Wir sind der Mitgesetzgeber und haben somit ein Recht darauf. Wir kommen nun zur Frage-Antwort-Runde von jeweils fünf Minuten.

1-005

Jean-Paul Gauzès (PPE). – Frau Vorsitzende, Herr Präsident, ich möchte mich im Namen der Mitglieder entschuldigen, die heute ein bisschen zu spät kamen. Ein

Stockwerk weiter unten findet gerade noch die Haushaltskonferenz mit José Manuel Barroso und Herman Van Rompuy statt, die mit dieser Veranstaltung konkurriert. Sicher werden Sie angesichts der Positionen der Hauptfraktionen verstehen, dass sie noch jede Menge zu tun haben.

Herr Präsident, ich möchte auf das von Ihnen angesprochene wiedererlangte, aktuell zutage tretende Klima des Vertrauens auf den Finanzmärkten zurückkommen, das zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die Arbeit der EZB zurückgeführt werden kann. Viele Menschen sehen jedoch eine klare Diskrepanz zwischen dem wiedererlangten Vertrauen und der Tatsache, dass die Märkte und Kreditinstitute sich gut erholen, auf der einen Seite und dem Ausbleiben unmittelbarer Vorteile für die Realwirtschaft auf der anderen Seite; man könnte sogar von einer Wirtschaft im freien Fall sprechen, die gekennzeichnet ist durch Entlassungen, Werksschließungen und Unternehmen, die sich gegen Investitionen sträuben.

Sie haben zwar einige Aspekte der Strategie umrissen, die Sie derzeit umsetzen, ich bitte Sie aber, die Situation und die Faktoren, die zur Lösung dieser Diskrepanz führen könnten, näher zu beleuchten.

1-006

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich stimme Ihnen zu. Wir haben auf der Finanzierungsseite viel unternommen, um sicherzustellen, dass die Banken umfassenden Zugang zu Liquidität haben. Mit vielen der von uns im Lauf des vergangenen Jahres ergriffenen Maßnahmen haben wir dieses Ziel tatsächlich erreicht. Insbesondere Anfang 2012 haben wir eine große Bankenkrise verhindert. Wie Sie wissen, gibt es jedoch drei mögliche Gründe dafür, warum Banken keine Kredite an die Wirtschaft vergeben. Einer ist ein Mangel an finanziellen Mitteln, ein weiterer ist fehlendes Kapital und der dritte ist ganz einfach die Vermeidung von Risiken.

Wir haben uns mit dem ersten befasst; mit dem zweiten – einem möglichen Kapitalmangel – können wir uns ebenso wenig befassen wie mit dem dritten. Wir werden oft gefragt: „Warum gehen Sie nicht wie andere Zentralbanken vor und machen die Bereitstellung finanzieller Mittel von der Vergabe neuer Kredite abhängig?“ Nun, in gewissem Umfang haben wir dies bereits getan, da wir den Banken gesagt haben, dass sie die ihren Kunden angebotenen Kredite als Sicherheiten für die Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel durch die EZB verwenden können.

Es gibt jedoch noch einen weiteren Grund dafür, dass die Kreditvergabe noch immer schleppend verläuft und sich keine steigende Tendenz abzeichnet, nämlich eine mangelnde Nachfrage. Zweifellos steigt die Nachfrage nach Krediten nicht, wenn sich der Konjunkturzyklus verschlechtert. Was muss also getan werden? Nun, wir müssen vor allem warten, bis die Banken wieder Vertrauen im Hinblick auf die Kreditvergabe erlangt haben. Es können bestimmte strukturelle Maßnahmen

ergriffen werden, so zum Beispiel die Vollendung unserer Finanzunion, damit wir die Verbindung zwischen Staaten und Banken vollständig durchbrechen können. Kurzfristig müssen wir jedoch warten, bis der Kurs unserer Geldpolitik, die weiterhin akkommodierend ist, Wirkung in der Wirtschaft zeigt.

Einstweilen ist es richtig, dass das vierte Quartal sehr schwach war. Wie ich jedoch in meiner einführenden Stellungnahme erwähnte, deuten alle Umfrageindikatoren darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Aktivität auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Meiner Meinung nach müssen wir jetzt also auf diesen starken Impuls warten, der im Wesentlichen aus unseren niedrigen Zinssätzen resultiert – übrigens gilt die volle Mittelzuteilung noch immer, und der Overnight-Zinssatz auf dem Interbankenmarkt liegt fast bei Null –; wir müssen also warten, bis all diese Maßnahmen ihre Wirkung in der Wirtschaft entfalten. Maßnahmen zur Erhöhung des Bankenkapitals liegen nicht im Verantwortungsbereich der EZB, sondern sind Sache der Länder und der jeweiligen Regierungen.

Vor diesem Hintergrund werden wir auch weiterhin Möglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung unserer Geldpolitik in der Realwirtschaft in Erwägung ziehen, da dies zweifellos unsere wichtigste Herausforderung ist, deren Bedeutung ich in keiner Weise schmälern möchte. Für uns ist dies momentan das wichtigste politische Problem.

1-007

Elisa Ferreira (S&D). – Herzlich Willkommen, Herr Draghi, ich habe Sie in der Vergangenheit gelobt und möchte Sie auch zu Ihrer Haltung in der Frage der Bankkredite, zu den Maßnahmen, die Sie in Bezug auf die Staatsschulden ergriffen haben, und zu Ihrer Vorstellung von einem Abwicklungsmechanismus für den Bankensektor beglückwünschen, doch das Problem, um das es im Moment geht, ist ein anderes, und Inflation ist es auch nicht. Das Problem ist die Rezession in der Eurozone, und zwar insbesondere im Süden der Eurozone. Man hatte gehofft, dass in einem Land, das den Empfehlungen der Troika, der Sie angehören, strikt gefolgt ist, der wirtschaftliche Abschwung auf 1,8 % des BIP begrenzt werden könnte, aber tatsächlich liegt die Zahl bei -3,2 %. Man hatte gehofft, dass die Arbeitslosigkeit bei 13 % gehalten würde, aber sie beträgt fast 17 %. Das „Six Pack“ gab uns ein bisschen Flexibilität im Prozess der Haushaltskonsolidierung, mehr Zeit und weniger drastische Maßnahmen. Wird die Zentralbank dies berücksichtigen, wenn sie als Mitglied der Troika den Erfolg der Haushaltskonsolidierungsprozesse in den einzelnen Ländern und mögliche Verbesserungen dieser Prozesse analysiert?

1-008

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Lassen Sie mich zu Beginn so deutlich wie möglich betonen – da unsere wichtigste politische Herausforderung, wie bereits erwähnt, ist, herauszufinden, was wir unternehmen können –, dass wir uns der aktuellen Bedingungen in vielen

Mitgliedstaaten des Euroraumes vollumfänglich bewusst sind. Eine finanzpolitische Konsolidierung ist unvermeidlich, insbesondere für Länder mit hohem Schuldenstand. Es ist jedoch auch richtig, dass dies kurzfristig zu kontraktiven Impulsen führt.

Die wichtigste Frage ist nicht, ob die finanzpolitische Konsolidierung verschoben, abgemildert oder abgeschwächt werden sollte, sondern wie die Auswirkungen der finanzpolitischen Konsolidierung abgemildert werden können. Wie können wir diese Auswirkungen abmildern? Nun, eine Antwort lässt sich sicherlich in einer korrekt ausgestalteten finanzpolitischen Konsolidierung finden, die eher auf Ausgabenkürzungen als auf Steuererhöhungen basiert. Ich würde nicht sagen, dass dies eine universelle Wahrheit ist, allerdings sind die Steuern im Euroraum und in den Ländern Europas bereits auf einem sehr hohen Niveau.

Der zweite Punkt betrifft die Umsetzung – und zwar eine schnelle und effektive Umsetzung – von Strukturreformen auf Produktmärkten und dem Arbeitsmarkt, da, wie wir bereits in einem oder zwei Ländern gesehen haben, die Exporte ansteigen, wenn die Umsetzung ordnungsgemäß erfolgt, wodurch mindestens eine Komponente des BIP nicht zurückgehen würde. Kurzfristig gehen Konsum und Investitionen zurück, dafür erhöht sich die Leistungsbilanz etwas, was dabei hilft, die kurzfristigen kontraktiven Impulse abzumildern.

Es gibt jedoch noch einen dritten Aspekt, auf den sich die Länder und ihre Regierungen konzentrieren sollten und der im Wesentlichen die Glaubwürdigkeit der finanzpolitischen Pläne betrifft. Wenn die Regierungen einen detaillierten mittelfristigen finanzpolitischen Plan haben, hilft dies, die Märkte zu beruhigen. Die Detailtiefe der finanzpolitischen Pläne ist von größter Bedeutung, da diese Pläne, um die Märkte zu beruhigen, glaubwürdig sein müssen. Das bedeutet, dass sie sehr detailliert sein müssen, und je detaillierter, desto besser. Natürlich steigen die politischen Kosten mit der Detailtiefe. Gleichzeitig ist jedoch auch der Nutzen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit, der gesunkenen Aufschläge und der niedrigeren Zinssätze größer.

1-009

Elisa Ferreira (S&D). – Dem stimme ich zu. Die Haushaltskonsolidierung steht nicht zur Debatte; zur Debatte stehen Tempo und Umfang der Haushaltskonsolidierung angesichts der Tatsache, dass 70 % der potenziellen Exportmärkte sich in der Rezession befinden und es sich bei ihnen um Mitglieder der Eurozone und europäische Länder handelt. Dies ist zu berücksichtigen.

1-010

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Die finanzpolitische Konsolidierung sollte in der Tat auf die jeweiligen Länder zugeschnitten sein. Es gibt keinen allgemeinen Rahmen, der für alle passt. Gleichzeitig müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, dass die Geschwindigkeit der finanzpolitischen

Konsolidierung auch vom anfänglichen Schuldenstand abhängt.

1-011

Elisa Ferreira (S&D). – Und an die Umstände angepasst, vermute ich?

1-012

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Nun, wenn wir von einer Anpassung an die Umstände sprechen, dann meinen wir damit keine Abmilderung der finanzpolitischen Konsolidierung, sondern eine Abmilderung der Folgen der finanzpolitischen Konsolidierung. Eine Abschwächung der finanzpolitischen Konsolidierung birgt jedoch das Risiko, einige der Vorteile einzubüßen, für die bereits viele Opfer gebracht wurden. Wir wandern also auf einem sehr schmalen Grat.

1-013

Wolf Klinz (ALDE). – Herr Präsident, ich habe zwei Fragen. Die erste betrifft den sogenannten Währungskrieg, die zweite Zypern. In Ihren einführenden Anmerkungen haben Sie nun klar gestellt, dass ein bestimmter Wechselkurs kein Ziel an sich ist. Dem kann ich nur zustimmen, allerdings sehen wir, dass dies nicht die Politik aller G20-Mitglieder ist. Japan und andere Länder betreiben eine Politik der aktiven Beeinflussung der Wechselkurse; wir erinnern uns alle noch an die Worte einiger ehemaliger US-Finanzminister: Der Dollar ist unsere Währung und euer Problem.

Jetzt haben sogar die Schweizer eingegriffen; also standen auch die Wechselkurse auf der Agenda des letzten G20-Gipfels. Das Ergebnis ist alles andere als zufriedenstellend. Die Kurse an der Börse in Tokio gingen heute um 2 % nach oben, da man dort feiert, dass man wie bisher weitermachen kann. Wie bewerten Sie die Situation hinsichtlich des sogenannten Währungskrieges?

Zweitens Zypern: In meinem Land, Deutschland, haben Abgeordnete aller Fraktionen im Bundestag klargestellt, dass sie keine Finanzhilfen für Zypern unterstützen werden, solange Zypern nicht eine Reihe wichtiger Entscheidungen trifft, d. h. eine tatsächliche Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche sowie die Aufhebung des Steuerdumpings insbesondere für den Unternehmenssektor. Haben diejenigen, die von der Geldwäsche und der Einführung der sogenannten Transaktionssteuer profitiert haben – Sie wissen, von wem ich spreche –, dazu beigetragen, das Loch zu stopfen? Wie ist Ihre Analyse und Einschätzung? Inwieweit wird die Regierung Zyperns in der Lage sein, diese Erwartungen zu erfüllen?

1-014

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Zur ersten Frage betreffend den Wechselkurs antworte ich stets, dass Wechselkurse die wirtschaftlichen Fundamentalfaktoren widerspiegeln sollten. Betrachtet man sich den nominalen und den realen, effektiven Wechselkurs des Euro, so kann man sehen, dass er sich im Großen und Ganzen um seinen langfristigen Durchschnittswert bewegt. Dies wurde auf

dem G20-Gipfel auch so vom IWF geäußert. Ich habe stets betont, dass der Wechselkurs kein politisches Ziel ist. Ich sage jedoch auch immer, dass der Wechselkurs wichtig für Wachstum und Preisstabilität ist. Im Rahmen der kommenden Prognosen werden wir bewerten müssen, ob der Wechselkurs Auswirkungen auf unser Inflationsprofil hatte, da wir solche Fragen stets über die Preisstabilität angehen.

Zu den anderen Bereichen kann ich lediglich sagen, dass das Kommuniké der G20 eigentlich gar nicht so enttäuschend ist. Dort steht geschrieben: „Wir bekräftigen unser Engagement für einen schnellen Übergang hin zu stärker marktbestimmten Wechselkurssystemen und einer größeren Wechselkursflexibilität, um die zugrundeliegenden wirtschaftlichen Fundamentalfaktoren wiederzugeben und fortwährende Fehlentwicklungen des Wechselkurses zu verhindern, und wir wollen in dieser Hinsicht enger zusammen arbeiten, damit wir gemeinsam wachsen können.“

Ich werde dies nicht weiter ausführen, da dies im Wesentlichen dem entspricht, was dort geschrieben wurde. Wir sollten jedoch einen anderen Punkt berücksichtigen, nämlich dass die meisten Veränderungen des Wechselkurses nicht explizit zielgerichtet waren. Sie waren das Ergebnis nationaler makroökonomischer Strategien zur Förderung der Wirtschaft. Aus diesem Grund erwähnte ich bereits, dass ich die Bezeichnung „Währungskrieg“ in diesem Zusammenhang übertrieben finde. Was ich auf dem G20-Gipfel in Moskau tatsächlich äußerte, war eine allgemeine Aufforderung an alle Parteien zu einer strikten verbalen Disziplin. Ich bin der Meinung, dass es im Allgemeinen umso besser ist, je weniger wir darüber reden.

Ich möchte nun den Standpunkt zum Thema Zypern erläutern. Wir begrüßen die von der Regierung Zyperns eingegangenen Verpflichtungen bezüglich des Entwurfs der gemeinsamen Absichtserklärung. Zudem wissen wir zu schätzen, dass die Behörden mit der Umsetzung der ersten vereinbarten Maßnahmen begonnen haben. Nach den Präsidentschaftswahlen in Zypern ist es von größter Bedeutung, dass man sich auf die Programme verständigt. Die Erklärung der Eurogruppe besagt, dass es ein Programm geben wird und dass man sich auf dieses Programm verständigen wird, da eine nationale Eigenverantwortung bei diesem Programm nach den Wahlen absolut unerlässlich ist.

Wir müssen außerdem Möglichkeiten suchen, die Nachhaltigkeit des Programms sicherzustellen. Ich möchte kein voreiliges Urteil über die Diskussionen fällen, die bereits stattgefunden haben und die noch stattfinden werden, und jetzt schon sagen, wie diese Nachhaltigkeit erreicht werden soll. Wir müssen bedenken, dass es immer zwei Seiten gibt. Einerseits wollen wir diese Nachhaltigkeit in Zypern sicherstellen. Andererseits müssen wir aber auch dafür sorgen, dass wir keine finanzielle Instabilität schaffen. Meiner

Meinung nach müssen am Verhandlungstisch beide Dimensionen Berücksichtigung finden.

Zudem müssen die Governance, die Transparenz und die Aufsicht über den Finanzsektor gestärkt werden. Die Verordnungen betreffend Liquidität, umsichtige Beschaffung sowie Kreditvergabe und Offenlegung werden bis zum Jahr 2013 überarbeitet. Als Antwort auf den letzten Teil Ihrer Frage: Die endgültige Version des Programms zur Anpassung sollte auch eine genaue Überwachung des Rahmens zur Bekämpfung der Geldwäsche und zur Sicherstellung der steuerlichen Transparenz sowie der Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen vorsehen. Es reicht nicht, dass Gesetze vorhanden sind. Wir müssen auch sicherstellen, dass diese tatsächlich umgesetzt werden.

1-015

Roberts Zile (ECR). – Herr Präsident! Es ist offensichtlich, dass das Risiko-Instrumentarium des Euroraumes stärker geworden ist, seit Sie einige sehr bedeutende Beschlüsse gefasst haben. Vor allem wurde anerkannt, dass die Verbindung zwischen Staatsschulden und den Banken gekappt werden muss. Im vergangenen Jahr wurde ebenfalls beschlossen, dass bei Inkrafttreten des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus – der ersten Phase der sogenannten „Bankenunion“ – der ESM mit der direkten Rekapitalisierung der Banken des Euroraumes – und zwar ausschließlich derer des Euroraumes – beginnen könnte. Natürlich könnte dies zu Verzerrungen der Funktionsweise des Binnenmarktes zwischen Opt-in-Ländern außerhalb des Euroraumes und Ländern des Euroraumes führen, und zwar nicht nur im Finanzsektor, sondern auch allgemein gesehen im Hinblick auf die Wirtschaften dieser beiden Märkte.

Sie haben Ihren Standpunkt zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus erläutert – es könnte jedoch zu Verzögerungen bei der Umsetzung dieses Mechanismus kommen. Das bedeutet, dass die Geschäftsbanken des Euroraumes in der Zwischenzeit unter bestimmten Bedingungen Zugang zu Rekapitalisierungsmitteln aus dem ESM haben werden, während Länder außerhalb des Euroraumes auch in äußerst dringenden Fällen keinen Zugang zu Rekapitalisierungsmitteln haben werden.

Können Sie bitte die Situation beschreiben und dazu Stellung nehmen, wie eine Verzerrung des Binnenmarktes im Finanzsektor sowie der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit der beiden Ländergruppen in der Europäischen Union vermieden werden kann?

1-016

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Nein, ich bin nicht der Meinung, dass der SSM die Funktionsweise des Binnenmarktes tatsächlich verzerren wird. Tatsächlich sieht die EZB die Arbeit des SSM teilweise als Ergänzung der Arbeit der EBA an. Wenn überhaupt, dann wird der SSM die EBA bei der Umsetzung der einheitlichen Vorschriften und bewährter Verfahrensweisen in allen Ländern des Euroraumes unterstützen, und auch die EBA wird ihrerseits einen Teil hierzu beitragen.

Zum ESM und der potenziellen direkten Rekapitalisierung der Banken durch den ESM: ein Punkt, der hierbei berücksichtigt werden muss, ist der, dass Länder außerhalb des Euroraumes auch Mitglieder des ESM werden können, wenn sie wollen. In diesem Fall könnten ihre Banken potenziell für eine direkte Rekapitalisierung durch den ESM infrage kommen, sobald dieser seine Arbeit aufnimmt.

1-017

Roberts Zile (ECR). – Ich möchte das gerne besser verstehen. Der letzten Sommer auf dem Gipfel des Euroraumes gefasste Beschluss besagt, dass nur Banken des Euroraumes direkt durch den ESM rekapitalisiert werden können. Nach dem, was Sie gerade erwähnten, Herr Draghi, scheint es, als könnte ein Land außerhalb des Euroraumes nach einem Beitritt zum Einheitlichen Aufsichtsmechanismus seine Geschäftsbanken direkt durch den ESM rekapitalisieren? Verstehe ich Sie hier richtig?

1-018

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Ich verstehe dies so, dass Länder außerhalb des Euroraumes sich dem ESM und dem SSM anschließen können, dass ihre Banken dann dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus unterlägen und sie somit potenziell für eine direkte Rekapitalisierung infrage kommen könnten, wenn die vom ESM vereinbarten und festgelegten Bedingungen erfüllt sind. Es besteht also nicht die Absicht – und ich glaube, ich antworte jetzt auf den ersten Punkt –, den Binnenmarkt zu fragmentieren. Tatsächlich sollte dies einen Beitrag zum Funktionieren des Binnenmarktes liefern.

1-019

Roberts Zile (ECR). – Vielleicht, allerdings reichen meine juristischen Kenntnisse hierzu nicht aus. Soweit wir dies jedoch diskutiert haben – und gemäß den Erläuterungen in Frau Hübners aktuellem Bericht im Ausschuss für Wirtschaft und Währung –, gibt es offensichtlich rechtliche Hindernisse für Länder außerhalb des Euroraumes, die dem ESM beitreten möchten.

1-020

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – An dieser Stelle möchte ich die Diskussion hierzu den Experten überlassen. Dies war mein Verständnis der Sache. Ich bin jedoch bereit, mich diesbezüglich korrigieren zu lassen.

1-021

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Herr Draghi! Es ist immer eine Freude, Sie hier begrüßen zu dürfen; Sie sind berechenbar, auch wenn Sie sich in politischer Hinsicht bisweilen irren. Ich möchte nur zwei Dinge betonen, die Sie erwähnten. Zunächst sagten Sie, die Steuern in Europa seien hoch; dies ist eine politische Aussage. Um sachlich zu bleiben, könnten Sie sagen, dass die Steuern in einigen Bereichen in Europa vergleichsweise hoch sind – das ist eine Tatsache. Die Anmerkung, die Steuern in Europa seien hoch, ist jedoch eine politische Aussage. Ich bin mir nicht sicher, ob eine solche Aussage in ihrem Aufgabenbereich liegt.

Zweitens stelle ich fest, dass Sie sagen, dass die Auswirkungen der finanzpolitischen Sparmaßnahmen kurzfristig gesehen negativ sind, sodass wir die Auswirkungen abmildern, jedoch nicht die Sparmaßnahmen zurückfahren müssen, wohingegen Sie bei Banken feststellen, dass ein Schuldenabbau negative Auswirkungen hat und dieser somit verlangsamt werden muss. Im Wesentlichen ist es das, was Sie in Ihren Ausführungen zu den Liquiditätsvorschriften Ende des vergangenen Jahres sagten. Dies sind lediglich Anmerkungen. Ich sage dies, weil meine Frage wahrscheinlich sehr kurz ausfallen wird.

Vor einigen Wochen gab es eine Diskussion über Helikopter-Geld und die monetäre Finanzierung öffentlicher und privater Schulden, und in diesem Zusammenhang können wir auf mindestens einen spezifischen Fall verweisen, nämlich die kürzlich in Irland vorgenommene Umstrukturierung. Ich weiß, dass Sie dies zur Kenntnis genommen haben. Es fällt mir schwer, zu glauben, dass diese Umstrukturierung ohne Zustimmung der EZB stattgefunden hat. Insofern würde mich sowohl in Bezug auf die theoretische Diskussion, die derzeit geführt wird, als auch auf den konkreten Fall Irlands interessieren, was Sie dazu zu sagen haben, sofern Sie hierzu etwas öffentlich sagen möchten.

1-022

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Vielen Dank für Ihre netten Worte! Ich werde keinen Kommentar dazu abgeben, ob meine Aussage politischer Natur ist oder nicht. Die Aussage war als sachliche Aussage beabsichtigt, wenngleich man es als politische Aussage auslegen könnte. Ich kann sie jedoch nicht so einstufen.

In Bezug auf den Schuldenabbau der Banken bin ich nicht der Meinung, dass wir diesen verlangsamen sollten. Ich denke, was wir vermeiden wollen – und das hat die EZB meiner Meinung nach im vergangenen Jahr auch geschafft –, ist ein ungeordneter Schuldenabbau. Ich will Ihnen gerne ein positives Beispiel hierfür geben: In Spanien konnten die Banken mit der Einrichtung der Vermögensverwaltungsgesellschaft Vermögenswerte zu relativ konservativen Preisen – was bedeutet, dass die Bewertungen der Vermögenswerte tatsächlich sehr realistisch waren – an diese Vermögensverwaltungsgesellschaft übertragen, die andernfalls weit unter Wert verkauft worden wären. Diese so genannten „Firesales“ sind destabilisierend und könnten etwas zur Folge haben, was ich als selbst-erfüllende Katastrophe bezeichnen würde. Aus diesem Grund wollen wir dies verhindern. Wir sollten den Schuldenabbau nicht verlangsamen, wenn er in der Tat erforderlich ist. Wenn die Banken ihre Schulden jedoch nicht geordnet abbauen, werden sie keine Kredite vergeben können, und genau aus diesem Grund stecken sie derzeit in ernststen Schwierigkeiten. Wie bereits erwähnt, ist dies die wichtigste politische Herausforderung. Wir wollen, dass im Euroraum wieder mehr Kredite vergeben werden.

Die Situation in Irland habe ich in der Tat zur Kenntnis genommen. Hierbei handelte es sich um eine Transaktion zwischen der irischen Regierung und der

irischen Zentralbank. Der EZB-Rat musste hierzu kein Urteil fällen. Dies wird jedoch im Rahmen der jährlichen Bewertung der Überwachung der Finanzierungssituationen der verschiedenen Banken sowie der verschiedenen Mitglieder des Eurosystems geschehen. Es wird also eine Bewertung aus der Perspektive von Artikel 123 durchgeführt werden, jedoch nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Ich würde allerdings sagen, dass wir viele Jahre lang ein Nothilfeprogramm (Emergency Lending Assistance - ELA) in Irland hatten. Das ELA ist jetzt nicht mehr in Kraft, dafür gibt es jetzt handelbare Wertpapiere, die die irische Zentralbank schnellstmöglich veräußern wird, und zwar auf eine Art und Weise, die die Stabilität des Finanzmarktes nicht gefährdet.

Ich möchte hier kein Urteil fällen, aber es haben sich hieraus einige positive Entwicklungen ergeben. Von größter Bedeutung für die Zukunft – und das beantwortet wahrscheinlich einige der anderen Fragen – wird die Absatzpolitik der irischen Zentralbank hinsichtlich dieser Wertpapiere sein. Was die Bewertung durch den EZB-Rat belangt, so wird im Laufe des Jahres eine regelmäßige Bewertung durchgeführt werden.

1-023

Marisa Matias (GUE/NGL). – Ich danke Ihnen nochmals, dass Sie heute hierhergekommen sind, Herr Draghi. Sie sprachen über niedrige Zinsen, und vieles wurde schon dazu gesagt, aber wir alle wissen, dass niedrige Zinsen allein nicht ausreichen, und die sich ausbreitende Rezession ist der Beweis dafür. Es wurde hier auch darauf hingewiesen, dass das Hauptproblem, das sich uns stellt, die Rezession ist. Das sehe ich auch so: Sie hat bereits alle Länder der Eurozone erreicht, sogar Deutschland. Solange Sparmaßnahmen bestehen, sehe ich allerdings keine Möglichkeit eines Policy-Mix, der eine Haushaltspolitik für Wachstum mit einschließt, und dies ist eine der Fragen, die ich gern stellen würde. Wie stellen Sie sich die Einführung einer Haushaltspolitik für Wachstum vor dem Hintergrund der Sparmaßnahmen und der sich ausbreitenden Rezession vor, unter der Prämisse, dass niedrige Zinssätze nicht ausreichen? Meine zweite Frage betrifft die Konditionalität. Das Versäumnis, die Wirtschaft mit Liquidität zu versorgen, wurde bereits mehrfach erwähnt, und mehrere Erklärungen wurden hierfür vorgebracht. Sie nannten drei Gründe: die mangelnde Liquiditätsversorgung der Banken, fehlendes Kapital und Risikoscheu, und Sie sagten, die EZB versuche, ersteres Problem, die mangelnde Liquiditätsversorgung, zu lösen, aber wir haben den vierten Grund noch nicht genannt, die Konditionalität. Ist es im Hinblick auf die Kreditvergabe legitim, damit fortzufahren, Kreditempfängerländer an Auflagen zu binden, aber Banken keine entsprechenden Auflagen aufzuerlegen? Meines Erachtens ist dies ein wesentlicher Grund, der politischen Willen erfordert und offensichtliche Auswirkungen hat: Solange es keine Konditionalität für Banken gibt und keine Ziele und Obergrenzen gesetzt werden, können wir weiter auf diese Liquiditätsspritze warten - sie wird nicht kommen. Es gibt also vier

Gründe, nicht drei, und ich würde es begrüßen, wenn Sie sich dazu äußern könnten.

1-024

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Wie ich bereits zuvor erwähnte, haben wir viel getan, um die Liquidität des Finanzsystems zu verbessern, und es zeigen sich erste Ergebnisse. Ich möchte nicht zu negativ darüber reden, da wir beispielsweise bereits gesehen haben, dass die großen Unternehmen nun wieder zurück auf dem Markt sind. Sie emittieren selbst und können sich sowohl selbst versorgen als auch finanzieren. Sie finanzieren sich selbst durch Unternehmensemissionen, da sie das Bankensystem nicht durchlaufen.

Ich stimme Ihnen jedoch in vollem Umfang zu. Das Problem, das wir jetzt haben und das die Bereiche Beschäftigung und Wachstum im Euroraum am meisten beeinträchtigt, liegt bei den KMU. Auf KMU entfallen im Großen und Ganzen 75 % der Beschäftigung im Euroraum, und die meisten KMU finanzieren sich über das Bankensystem. Die politische Herausforderung, die ich eingangs als Antwort auf die Fragen von Herrn Gauzès erwähnte, war: Wie können wir eine Situation schaffen, in der die Liquidität, die wir in das System eingespeist haben, ihren Weg aus dem Bankensystem zu den KMU findet? Diese Herausforderung gilt es auch weiterhin zu bewältigen, und wir werden dies entsprechend berücksichtigen.

Wenn wir uns jedoch ansehen, was im Rest der Welt unternommen wurde, sind wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht der Meinung, dass wir im entsprechenden institutionellen Rahmen des Euroraumes, in dem beispielsweise fast 80 % der gesamten Vermittlung auf Banken entfallen, viel weniger unternommen haben, als in anderen Rechtsordnungen unternommen wurde. Wir befinden uns also nicht in einer Position, in der, wie dies in anderen Rechtsordnungen der Fall ist, Zentralbanken eingreifen und Vermögenswerte direkt aus der Wirtschaft aufkaufen müssen. Dies liegt daran, dass wir nicht davon ausgehen, dass eine solche Vorgehensweise nützlich ist, da die finanzielle Vermittlung in unserem Fall in der Hand des Bankensystems liegt oder über dieses System erfolgt. Wir werden uns jedoch weiterhin damit befassen, da dies momentan, wie ich bereits erwähnte, die wichtigste politische Herausforderung für uns ist.

1-025

Marisa Matias (GUE/NGL). – Vielen Dank, aber, um etwas direkter zu fragen, glauben Sie nicht, dass die Festlegung von Auflagen für Banken einer der effektivsten Wege wäre, dies zu erreichen, wenn man bedenkt, dass alle anderen Wege versagen? Wenn das Bankensystem mit Liquidität versorgt wird, d. h. wenn die Vergabe von Krediten an Banken zulässig ist - und Sie haben das erwähnt, wie wir alle wissen, wurde Banken ein unbeschränkter Zugang zu Finanzmitteln gewährt -, wäre die Auflagenbindung von Banken entsprechend der Festlegung von Auflagen für Kreditempfängerländer nicht einer der direktesten Wege,

um dies zu erreichen? In anderen Worten: Würde es nicht eine Option sein zu sagen, dass ein bestimmter Prozentsatz an Finanzmitteln direkt an KMU und Familien fließen muss?

1-026

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Wissen Sie, es ist verlockend, das zu sagen. Es ist jedoch auch nicht klar, dass es unbedingt so sein sollte. Angenommen, man zwingt eine Bank unabhängig von den Umständen zur Vergabe eines Kredites an ein Unternehmen und das Unternehmen geht bankrott. Dann verliert die Bank ihr Kapital und kann dem Rest der Wirtschaft keine weiteren Kredite vergeben. Meiner Meinung nach sollten wir sehr vorsichtig damit sein, wie weit wir die Grenze hin zur Auferlegung von Konditionalitäten für das Bankensystem verschieben, denn wenn wir dies tun, übernehmen wir damit die Verantwortung, das Bankensystem zu Schritten gezwungen zu haben, die die Banken ansonsten nicht unternommen hätten.

Ich habe zwar Verständnis dafür, dass wir eine Möglichkeit finden und diese politische Herausforderung bewältigen müssen, aber wir müssen uns auch der potenziellen negativen Auswirkungen bestimmter Interventionen auf den Kreditmärkten im Bankensystem bewusst sein.

1-027

Burkhard Balz (PPE). – Frau Vorsitzende, Herr Präsident! Ich habe einige Fragen, wobei naturgemäß die eine oder andere auch schon gestellt worden ist. Ich möchte mit Lettland anfangen. In den kommenden Wochen wird die Regierung Lettlands aller Voraussicht nach den Antrag zur Aufnahme in die Währungsunion stellen. Ich habe die Freude und hoffentlich auch die Ehre, hier im Parlament das Ganze als Berichterstatter zu betreuen. Daher meine Frage an Sie, Herr Präsident: Wie bewerten Sie die wirtschaftspolitischen Gegebenheiten und auch die Vorbereitung Lettlands auf einen Euro-Beitritt?

Die zweite Frage würde ich ganz gerne zu dem Thema *single supervising mechanism* stellen. Wie sehen Sie aktuell den Zeitplan zur Einrichtung der EZB-Bankenaufsicht? Ich sage ganz bewusst schon EZB-Bankenaufsicht. Und die zweite Frage hierzu: Der Anwendungsbereich der Bankenaufsicht und die Abgrenzung zur nationalen Aufsicht werden ja von weiten Teilen im Europäischen Parlament nach wie vor kritisch gesehen. Der Rat schlägt starre Schwellen vor und orientiert sich vornehmlich an Bilanzsummen. Wie ist Ihre Meinung dazu, und welche Nachteile sehen Sie bei einer solchen Lösung?

1-028

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Zu der ersten Frage: Die EZB wird die Erfüllung der Konvergenzkriterien durch Lettland sowie die Nachhaltigkeit dieser Kriterien beurteilen, und ich kann der Diskussion und der Analyse zu diesem Zeitpunkt nicht vorgreifen.

Zum SSM: Wir alle neigen dazu, Fragen diesbezüglich zu stellen, und fragen uns auch, wie dieser Prozess

voranschreitet, aber wir dürfen ein paar Dinge nicht vergessen.

Der Rechtsakt zum SSM wurde noch nicht verabschiedet. Wie Sie wissen, dauern die Konsultationen noch an. Sobald die Verordnung in Kraft ist, wird die EZB dem Parlament, dem Rat und der Kommission einmal im Quartal einen Bericht zum Fortschritt der operationellen Umsetzung vorlegen. Dieser Bericht wird veröffentlicht.

Wir können selbstverständlich unsere Vorbereitungsmaßnahmen beginnen, und wir haben auch damit begonnen, aber wir können keine bindenden organisatorischen und administrativen Entscheidungen fällen, bevor der Rechtsakt nicht verabschiedet ist. Jetzt Schlussfolgerungen über den ESM zu ziehen, wäre also etwas voreilig. Wir haben eine Studie zu diesem Thema durchführen lassen, aber das war nur eine Studie unter vielen; es handelte sich dabei um nichts anderes als um eine Skizze, und tatsächlich ändert sich die Situation bereits in diesem Augenblick.

1-029

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – Herr Draghi, wie Sie sagten, sehen wir bereits einige positive Signale: Die Märkte sind wieder zuversichtlicher, einige Länder verzeichnen ein Exportwachstum und die Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich. Doch wie wir bereits gehört haben, besteht die größte Herausforderung für einige Volkswirtschaften, insbesondere für jene im Süden, darin, sicherzustellen, dass die Kredite kleine und mittlere Unternehmen erreichen. Wie Herr Gauzès sagte, werden, falls dies nicht geschieht, die Ergebnisse nicht bis in die Realwirtschaft durchsickern und wird es zu keiner Erholung kommen.

Die Mittelvergabe für KMU richtet sich immer noch stärker nach ihrem Standort als nach ihrer wirtschaftlichen Situation; die Märkte bleiben fragmentiert. Tatsächlich wies die *Financial Times* von heute auf die unterschiedlich hohen Finanzierungskosten hin, die Unternehmen je nach ihrem Standort entstehen.

Es stimmt, dass die einheitliche Aufsicht ein erster Schritt zur Bewältigung dieser Situation ist, aber sie reicht nicht aus. Außerdem halte ich es nicht für richtig, den Schluss zu ziehen, dass es keine solvente Kreditnachfrage gibt. Was können wir darüber hinaus unternehmen, nicht nur in der Europäischen Zentralbank, um eine Situation zu vermeiden, in der kleine und mittlere Unternehmen zu Zinssätzen von 3,7 % in Frankreich und Deutschland und 5,6 % in Ländern wie Spanien und Italien finanziert werden? Meiner Ansicht nach ist dies keine gute Entwicklung für den Binnenmarkt.

1-030

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Also, wie ich bereits gesagt habe, ist es ganz allgemein notwendig, dass die Banken Kredite vergeben, und insbesondere an KMU, aber es stimmt, dass es hierbei um Nachfrage geht: Es besteht keine Nachfrage. Eine Studie der Europäischen Zentralbank zeigt jedoch, dass wir in bestimmten Ländern zwischen

verschiedenen Arten von Kreditnehmern unterscheiden müssen. Es gibt Kreditnehmer, deren Bilanzen mit sehr hohen Schulden belastet sind, und die keine Kredite bekommen können; und dann gibt es Kreditnehmer, die keine Schulden haben, und diese Kreditnehmer sind tatsächlich kreditwürdig.

Daher geht es hier einerseits um die Nachfrage, andererseits aber auch darum, wie die Bilanz des Kreditnehmers aussieht. In Ländern, in denen der Prozess des Schuldenabbaus noch am Anfang steht, würde man erwarten, dass Kredite längere Zeit brauchen, um seine Wirkung auf die Wirtschaft zu entfalten, weil die Bilanzen der Kreditnehmer diesen Ballast tragen müssen. Diese Investitionen müssen veräußert werden, und bis das passieren kann, brauchen solche Investitionen ihr Kapital auf und werden daher für die Banken noch weniger attraktiv. Das ist einer der Gründe, wieso sie keine Kredite bekommen können.

Was die Frage der Zinssätze betrifft – denn Sie haben auch Fragen zu verschiedenen Kosten gestellt –, sind wir der Ansicht, dass wir durch die Ankündigung von geldpolitischen Outright-Geschäften (Outright Monetary Transactions - OMT) und durch das darauffolgende Programm, das vom EZB-Rat entworfen worden ist, darauf reagiert haben. Ich denke, dass wir die sogenannten Redenominierungsrisiken angegangen sind, aber es gibt andere Ursachen der Fragmentierung. Wir sollten bedenken, dass wir deshalb in diese Situation geraten sind, weil die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen gestiegen sind, und zwar nicht nur wegen des Redenominierungsrisikos, sondern auch wegen der Schuldenstände, wegen der Haushaltsdefizite, und weil die Wirtschaftspolitik über viele Jahre nicht auf die tatsächlichen Gegebenheiten reagiert hat, insbesondere nach der Finanzkrise. Wir können gegen diesen Aspekt der Fragmentierung also nicht viel tun.

Es gibt Länder, deren Staatsanleihen von den Märkten auf eine gewisse Weise bewertet werden, und es gibt die Risikoaufschläge, die das unterschiedliche Risikoniveau von verschiedenen staatlichen Anleiheemittenten widerspiegeln. Es lässt sich nicht vermeiden, dass diese Risikoaufschläge die Kreditkosten beeinflussen, weil manche Banken dazu neigen werden, Staatsanleihen zu kaufen statt Kredite an den privaten Sektor zu vergeben, und auf diese Weise ihre Gewinne zu steigern. Das ist ein weiterer Grund, wieso Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen und der Erholungsprozess sich gegenseitig ergänzen, weil nur durch diese Maßnahmen die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen reduziert und dadurch Kredite verbilligt werden können, sowohl für KMU als auch für andere Kreditnehmer.

1-031

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – Um es kurz zu machen: Wann werden diese Kostenschwankungen für KMU Ihrer Ansicht nach eine vernünftige Grenze erreichen, die dem entspricht, was von einem Binnenmarkt erwartet werden kann?

1-032

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Wie wir bereits gesagt haben, erwarten wir in der zweiten Jahreshälfte eine sehr langsame Erholung – Umfrageergebnisse weisen darauf hin, dass sich die Wirtschaftstätigkeit gegenwärtig auf einem niedrigen Niveau stabilisiert –, und das wird teilweise erreicht werden, wenn unser geldpolitischer Ansatz, der weiterhin sehr akkommodierend ist, seine Wirkung auf die Wirtschaft entfaltet. Dies wird teilweise aber auch durch die Strukturreformen und die fortgesetzte Haushaltskonsolidierung erreicht werden.

Wir sollten bedenken, dass eine Abnahme der Glaubwürdigkeit einiger dieser Staatsanleihen – die z. B. durch eine Verlangsamung der Haushaltskonsolidierung verursacht werden könnte – oder ein plötzlicher Verlust der Glaubwürdigkeit sofort die Kreditkosten beeinflussen werden. Es geht hier also nicht nur um die Staatshaushalte, sondern auch um die Haushalte des privaten Sektors aufgrund von höheren Kreditkosten.

1-033

Liem Hoang Ngoc (S&D). – Frau Vorsitzende, Herr Präsident, ich habe am 5. Dezember 2012 zwei schriftliche Anfragen an die EZB gemäß Artikel 118 eingereicht.

Die erste betraf die Verlagerung der Gewinne der EZB im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme, SMP) an die Zentralbanken, die dann an die nationalen Regierungen weitergeleitet wurden. Unter anderem wollte ich wissen, ob dies nicht eine Verletzung des Artikels 123 Absatz 1 des Vertrags darstellt.

In der zweiten Frage ging es darum, was die EZB in Bezug auf nicht realisierte Gewinne aufgrund der griechischen Staatsverschuldung machen kann und wie diese genutzt werden könnten.

Da ich innerhalb der sechswöchigen Frist keine Antwort von Ihnen erhalten habe, möchte ich die Gelegenheit nutzen und Sie um eine Stellungnahme zu diesen Angelegenheiten bitten.

1-034

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Wenn Sie keine Antwort erhalten haben, möchte ich mich dafür entschuldigen, aber ich kann Ihnen heute eine Antwort geben.

Um auf die Frage der Kapitalerträge aus griechischen Staatsanleihen einzugehen, die die EZB im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme - SMP) erworben hat: Sie gehören zum Nettogewinn der EZB. Der Nettogewinn der EZB wird auf alle nationalen Zentralbanken des Euroraums entsprechend ihrem Anteil am Kapitalzeichnungsschlüssel der EZB aufgeteilt. Alle Gewinne, die von der EZB weitergegeben werden, fließen in die Nettogewinne der Nationalen Zentralbanken (NZB) ein, und diese werden wiederum auf die jeweiligen Anteilseigner verteilt, entsprechend

den für die jeweilige NZB geltenden Gewinnverteilungsregeln. Die EZB gibt ihre Gewinne also an die Nationalen Zentralbanken weiter, und sie geben diese Gewinne auch weiter. Sie geben die Gewinne abhängig von den nationalen Gesetzen oder anderen Vorschriften an ihre Anteilseigner weiter, die möglicherweise aus Regierungen bestehen. Es liegt im Ermessen der Regierungen der Mitgliedstaaten, zu entscheiden, wie sie die Gewinne, die sie von den jeweiligen NZB erhalten, nutzen; die Nutzung dieser Gewinne kann auch eine spezifische Unterstützung anderer Mitgliedstaaten des Euroraums beinhalten. In Bezug auf Griechenland sind es letztendlich die Regierungen, die entscheiden, wie sie dieses Geld nutzen.

In ihrer Erklärung vom 27. November 2012 hat die Eurogruppe angemerkt, dass die Mitgliedstaaten des Euroraums bereit wären, u. a. eine Verpflichtung in Erwägung zu ziehen, auf das gesonderte Konto von Griechenland einen Betrag zu überweisen, der dem Gewinn aus dem SMP-Portfolio, der ihrer nationalen Zentralbank zufällt, entspricht, unter der Bedingung, dass Griechenland die vereinbarten Reformmaßnahmen entschlossen umsetzt.

Ohne konkret auf die Zahlen einzugehen, möchte ich Sie darüber informieren, dass das Finanzergebnis der EZB für 2012 sowie eine Pressemitteilung über die SMP-Papiere in drei Tagen, am 21. Februar 2013, veröffentlicht werden, sodass letztendlich all das öffentlich sein wird.

Können Sie mir bitte noch einmal den Inhalt der anderen Frage nennen?

1-035

Liem Hoang Ngoc (S&D). – Sie betraf die Summe und die Nutzung der nicht realisierten Gewinne, die die EZB mit Griechenland machen könnte. Die EZB kaufte Wertpapiere auf dem Sekundärmarkt, die bei ihrer Fälligkeit geschätzte Gewinne in Höhe von etwa 15 Mrd. EUR erzielen werden. Daher möchte ich gerne wissen, was mit diesem Geld geschehen soll.

1-036

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Es tut mir leid. Ich denke, dass ich in diesem Fall die Frage bereits beantwortet habe, denn ich habe gerade wirklich beide Fragen beantwortet.

1-037

Liem Hoang Ngoc (S&D). – Da ich noch 45 Sekunden habe, beinhaltet das die nicht realisierten Gewinne, d. h. den Unterschied zwischen dem Nennwert der Wertpapiere, der bei ihrer Fälligkeit erzielt wird, und dem Kurswert, der bei ihrem Ankauf bezahlt wird? Sie erscheinen nicht in den Finanzergebnissen, die sich auf den geschätzten Kurswert beziehen und nicht realisierte Gewinne unberücksichtigt lassen. Ich möchte also gerne wissen, ob die mir vorliegenden Zahlen – Gewinne in Höhe von 1,4 Mrd. EUR im Jahr 2012 und insgesamt 15 Mrd. EUR bei Fälligkeit – stimmen.

1-043

Pervenche Berès (S&D). – Frau Vorsitzende, Herr Präsident, die Märkte glauben, das Schlimmste läge, zumindest für eine Weile, hinter uns, insbesondere infolge der von der EZB durchgeführten Maßnahmen. So waren wir in der Lage, uns wieder auf das zu besinnen, was wirklich von Bedeutung ist: uns in Richtung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion weiterzuentwickeln.

Im Vorfeld des Europäischen Rates vom Dezember, welcher sich mit dieser Angelegenheit befassen sollte, waren Sie Teil der Gruppe der Vier. Dann kam das Thema Haushaltsplan auf, die Wirtschafts- und Währungsunion wurde von der Tagesordnung gestrichen, und es schien, als ob die Gruppe der Vier aufgelöst sei. Ich möchte erfahren, wie Sie die Ereignisse bewerten und ob Sie es angesichts der Dinge, die bezüglich der Währungsfragen und Bankenaufsicht auf dem Spiel stehen, als erstrebenswert oder notwendig erachten, dass dies ohne Sie geschieht, oder ob Sie der Ansicht sind, dass die bisher errungenen Fortschritte in Richtung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion als Beitrag Ihrerseits ausreichen.

Meiner Ansicht nach ist Ihre Auffassung gegensätzlich hierzu und beinhaltet, dass wir möglicherweise die Arbeit in Bezug auf die Errichtung eines Krisenbewältigungsmechanismus beschleunigen sollten. Wie wird also Ihr Plan aussehen und welche Gestalt werden diese variablen Geometrieanordnungen und Ihr Beitrag zur Etablierung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion annehmen?

1-038

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Es wird beides enthalten. Es wird sowieso alles in drei Tagen veröffentlicht werden, Sie werden sehen.

1-039

Diogo Feio (PPE). – Herr Draghi, zunächst möchte ich Sie beglückwünschen und Ihnen sagen, dass ich mit vielen Ihrer hier gemachten Äußerungen zur Bedeutung der Haushaltskonsolidierung übereinstimme. Ich komme aus einem Land, Portugal, in dem mehr Schulden und mehr Staatsausgaben nicht zu einem vernünftigen Maß an Wachstum geführt haben; im Gegenteil: Das BIP-Wachstum war eher schwach. Ebenfalls unterstütze ich Ihre Anmerkungen zu den kurzfristigen negativen Auswirkungen dieser Konsolidierungsprogramme und der Notwendigkeit, diese Auswirkungen abzumildern, beispielsweise, indem man sich die Steuerpolitik genauer anschaut und einen auf alle Situationen anzuwendenden Ansatz vermeidet. Ich möchte zwei Fragen stellen. Erstens: Wie lautet Ihre Einschätzung der Art und Weise, wie die Konsolidierungsprogramme entworfen und umgesetzt wurden, insbesondere im Hinblick auf die Länder, die sie eindeutig einhalten, wie Irland und Portugal? Zweitens: Wäre es jetzt möglich, diese Programme abzuändern, beispielsweise, indem die Einführung von Maßnahmen erlaubt würde, die kurzfristig von Bedeutung wären, wie eine steuerzahler- und unternehmensfreundlichere Steuerpolitik?

1-040

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Es tut mir leid, ich bin mir nicht sicher, ob ich die zweite Frage richtig verstanden habe.

1-041

Diogo Feio (PPE). – Die zweite Frage ist, ob Sie der Ansicht sind, dass die derzeitigen Bedingungen möglicherweise Änderungen an den Konsolidierungsprogrammen erlauben mit dem Ziel, die kurzfristigen negativen Auswirkungen zu begrenzen, zum Beispiel, indem man den betreffenden Mitgliedstaaten erlauben würde, Steuerpolitiken einzuführen, die mehr Investitionsanreize schaffen würden und unternehmensfreundlicher wären.

1-042

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Der Punkt ist: Wenn wir die aktuelle Situation mit der Situation vor einem Jahr vergleichen, müssen wir feststellen, dass der Fortschritt auf allen Ebenen sehr bemerkenswert ist. Auf allen Ebenen – also bei der Haushaltskonsolidierung, bei den Strukturreformen und bei der Reparatur des Bankensystems. Selbstverständlich sind die Geschwindigkeiten auf diesen verschiedenen Ebenen von Land zu Land unterschiedlich, aber im Großen und Ganzen sind all diese Länder – insbesondere die Länder, die Teil des Programms sind, und auch die Länder unter Druck – gegenwärtig in einer weitaus besseren Situation als sie es vor einem Jahr waren, und dies wird an einer Reihe von Indikatoren deutlich.

Dies macht sich noch nicht bei der Beschäftigung bemerkbar, jedoch im Hinblick auf eine sehr viel bessere Leistungsbilanz, viel höhere Exporte und sinkende Lohnstückkosten. In einigen Ländern sinken sie stärker als in anderen, aber alles in allem sind eine Rückkehr des Vertrauens und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit festzustellen. Dies ist auf der ganzen Bandbreite, ganz allgemein festzustellen. Wie ich bereits gesagt habe, ist außerdem eine Konsolidierung der Haushalte festzustellen. Die Geschwindigkeit der Haushaltskonsolidierung ist von Land zu Land unterschiedlich, aber ich möchte Sie auch hier bitten, das richtige Augenmaß zu wahren, weil die Situation im vergangenen Jahr im Euroraum deutlich ernsthafter war.

Meine Beurteilung der Fortschritte fällt also eindeutig positiv aus, und ich möchte alle Beteiligten bitten, weiter durchzuhalten und ehrgeizig zu bleiben. Es ist außerdem eine Erinnerung daran, insbesondere im Falle von Ländern, die bei Strukturreformen hinterherhinken, dass sie, je mehr sie auf diesem Gebiet tun, die kontraktiven Auswirkungen der nachlassenden Nachfrage durch eine Haushaltskonsolidierung entschärfen.

Ich könnte noch mehr wichtige Verbesserungen auflisten, die wir festgestellt haben. Um Ihnen einen Eindruck zu vermitteln: Heute vor einem Jahr kamen zum Beispiel über 90 % der emittierten Staatsanleihen ausschließlich aus Kernländern. Jetzt kommen etwa 60 % der emittierten Staatsanleihen aus Peripherieländern. Die Investorenbasis hat sich deutlich

verbreitert. Es kaufen also nicht nur inländische Investoren Anleihen, die von Staaten begeben werden, sondern auch Banken und große Unternehmen außerhalb des Bankenbereichs. Diese Anleihen werden mittlerweile von einer Vielzahl an Investoren im gesamten Euroraum und außerhalb des Euroraums gekauft.

Die Leistungsbilanz des Euroraums hat sich aufgrund von Kapitalzuflüssen, die aus der übrigen Welt in den Euroraum und in die Peripherieländer stattgefunden haben, deutlich verbessert. Ich könnte noch viel mehr zur historischen Volatilität sagen, aber ich möchte die zweite Frage kurz beantworten, indem ich sage, dass ein Land die Möglichkeit hat, das Programm umzugestalten – selbstverständlich innerhalb des finanziellen Rahmens, auf den man sich geeinigt hat.

1-043

Pervenche Berès (S&D). – Frau Vorsitzende, Herr Präsident, die Märkte glauben, das Schlimmste läge, zumindest für eine Weile, hinter uns, insbesondere infolge der von der EZB durchgeführten Maßnahmen. So waren wir in der Lage, uns wieder auf das zu besinnen, was wirklich von Bedeutung ist: uns in Richtung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion weiterzuentwickeln.

Im Vorfeld des Europäischen Rates vom Dezember, welcher sich mit dieser Angelegenheit befassen sollte, waren Sie Teil der Gruppe der Vier. Dann kam das Thema Haushaltsplan auf, die Wirtschafts- und Währungsunion wurde von der Tagesordnung gestrichen, und es schien, als ob die Gruppe der Vier aufgelöst sei. Ich möchte erfahren, wie Sie die Ereignisse bewerten und ob Sie es angesichts der Dinge, die bezüglich der Währungsfragen und Bankenaufsicht auf dem Spiel stehen, als erstrebenswert oder notwendig erachten, dass dies ohne Sie geschieht, oder ob Sie der Ansicht sind, dass die bisher errungenen Fortschritte in Richtung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion als Beitrag Ihrerseits ausreichen.

Meiner Ansicht nach ist Ihre Auffassung gegensätzlich hierzu und beinhaltet, dass wir möglicherweise die Arbeit in Bezug auf die Errichtung eines Krisenbewältigungsmechanismus beschleunigen sollten. Wie wird also Ihr Plan aussehen und welche Gestalt werden diese variablen Geometrieanordnungen und Ihr Beitrag zur Etablierung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion annehmen?

1-044

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Erstens sind die Bedingungen deutlich besser, und zwar, wie sie bereits freundlicherweise gesagt haben, aufgrund der OMT, aber auch aufgrund der Maßnahmen der Regierungen. Wenn wir vonseiten der nationalen Regierungen keinen glaubwürdigen Druck hin zu einer Haushaltskonsolidierung und zu Strukturreformen hätten, würden auch die OMT nicht ausreichen. Ich denke, dass 2012 wirklich das Jahr der Wiedereinführung des Euro gewesen ist, auch wegen der

Arbeit, die im Hinblick auf die Schaffung einer echten Währungsunion geleistet worden ist.

Dieses Jahr wird vorwiegend, aber nicht ausschließlich, ein Jahr der Umsetzung sein – aus einer Vielzahl an Gründen, die Sie besser kennen als ich. Die Umsetzung ist der Schlüsselfaktor. Viele Dinge wurden beschlossen, und jetzt ist es an der Zeit zu zeigen, dass wir sie umsetzen können. Die EZB arbeitet gemeinsam mit der Kommission aktiv am SSM, der einheitlichen Abwicklungsbehörde, d. h. in erster Linie arbeitet die Kommission daran, und später werden wir dann sicherlich der Kommission anbieten, bei der Gestaltung der einheitlichen Abwicklungsbehörde unseren Beitrag zu leisten, aber wir warten momentan noch ab, ebenso wie dies beim SSM der Fall war. Sie leisten den ersten Beitrag, der übrigens – und wir vergessen dies manchmal – aufgrund seiner Größe, seines Umfangs und seiner Geschwindigkeit wirklich beeindruckend gewesen ist. Das erwarten wir, und wir erwarten, dass wir gleichermaßen unseren Beitrag leisten.

Sie fragten auch nach der Vierergruppe. Jetzt wird der Ratspräsident die Führung übernehmen; wir werden je nach Bedarf unseren Beitrag anbieten, aber die formalen Rahmenbedingungen unterscheiden sich, glaube ich, gewissermaßen etwas von den Rahmenbedingungen im vergangenen Jahr.

1-045

Mario Mauro (PPE). – Herr Präsident, ich möchte auf das Thema der KMU zurückkommen bzw. allgemein auf die Finanzierung der Realwirtschaft/die Kreditversorgung der Realwirtschaft. Ich habe Ihre Ausführungen und Bemerkungen zur Schwierigkeit der Weiterentwicklung von der Normalisierung der Finanzmärkte zur Versorgung der Realwirtschaft mit mehr Krediten genau verfolgt, insbesondere wenn es um bestimmte Bereiche und Bedingungen geht.

Deshalb möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen: Denkt die Europäische Zentralbank darüber nach, Banken mit Krediten zu versorgen, unter der Voraussetzung, dass diese mehr Kredite an KMU bereitstellen, oder allgemeiner formuliert, was, Herr Präsident, ist Ihre Ansicht zu Kreditmodellen, wie das der Bank of England, das sogenannte „funding-for-lending“-Modell?

1-046

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Wie ich bereits gesagt habe, denken wir fortwährend über diese politische Herausforderung nach. Wir sind der Ansicht, dass wir bereits viel getan haben, und wir haben gewissermaßen etwas eingeführt, das dem Modell „funding for lending“ entspricht, als wir den Banken gesagt haben „Ihr könnt eure Kredite als Sicherheit für weitere Kredite benutzen“. In einem gewissen Sinne ist das, was wir tun, weniger kostspielig als das „funding for lending“-Modell der Bank von England. Wie ich jedoch bereits gesagt habe, werden wir dieses Problem lösen müssen, oder zumindest weiterhin versuchen müssen, es anzugehen.

Wie ich außerdem bereits gesagt habe, müssen wir in Bezug auf Konditionalitäten vorsichtig sein, denn wenn wir die Banken dazu zwingen, Kredite an die falschen Kreditnehmer zu vergeben, müssen wir die Verantwortung für ihre Entscheidungen übernehmen, wenn die Kreditnehmer zahlungsunfähig werden sollten und ihre Kredite nicht zurückzahlen können. Wir müssen also vorsichtig sein, insbesondere angesichts der Tatsache, dass es hier um eine andere Dimension geht, denn es geht um 17 Länder, und die Überwachung dieser ausgewählten Programme – die beinhalten würde, dass man überprüft, ob jede Bank tatsächlich Mittel aufnimmt, um Kredite zu vergeben – ist viel komplizierter, als sie es für ein einzelnes Land wäre.

1-047

Leonardo Domenici (S&D). – Herr Präsident, ich möchte zunächst mit Italien beginnen, und zwar nicht aus provinziellen Erwägungen, sondern weil ich der Ansicht bin, dass unser Land sowie das italienische Bankensystem, insbesondere nach der sehr traurigen Geschichte der *Monte dei Paschi di Siena*, derzeit in der EU im Mittelpunkt stehen.

Ich glaube, dass das italienische Bankensystem sich lange Zeit mit einer Art Mantra selbst beruhigt hat und sich selbst vorsagte, wie es besser als andere Bankensysteme die Krise überstanden hatte, und dabei möglicherweise die geringen staatlichen Rekapitalisierungen mit einer Situation verwechselte, in der es keine größeren Schwierigkeiten gibt. Stattdessen können wir beobachten, dass Vermögenswerte, Rentabilität und Dividenden auch hier ein Problem darstellen. In Italien bewegen wir uns nun wie so oft auf das andere Extrem zu.

Ich möchte Sie Folgendes fragen: Sollte das Regelungssystem in Italien, insbesondere hinsichtlich der Rolle von Stiftungen, Ihrer Meinung nach überprüft werden? Und sollte im Zusammenhang mit den Stiftungen nicht auch die Rolle des Wirtschaftsministeriums überprüft werden? Sind diese Überprüfungen Ihrer Ansicht nach im Hinblick auf die Qualität von Eigentumsstrukturen und der Unternehmensführung notwendig? Wie stehen Sie zu diesem Problem im Zusammenhang mit dem, was Sie heute in Bezug auf die Bankenunion, den einheitlichen Aufsichtsmechanismus und den einheitlichen Abwicklungsmechanismus gesagt haben?

1-048

Mario Draghi, Europäische Zentralbank. – Ich fürchte, dass ich nicht alle Ihre Fragen beantworten kann, da sie in der Tat speziell nationale Angelegenheiten betreffen, auf die ich heute nicht eingehen möchte.

Es gibt jedoch zwei Stufen: Die erste betrifft die Reaktion des italienischen Bankensystems auf die Krise. Damals erwies sich das italienische Bankensystem als stabil und war im Gegensatz zur großen Mehrheit der Bankensysteme anderer Länder nicht auf eine staatliche Rekapitalisierung angewiesen. Es gibt jedoch Einzelfälle, wie der von Ihnen erwähnte, in denen es nicht nur um das Bankmanagement, sondern auch um kriminelle Tätigkeiten geht.

Dann kommt noch die Reaktion des italienischen Bankensystems, aber auch der anderen Länder, auf die anhaltende Rezession hinzu. Da können wir beobachten, dass die notleidenden Kredite und die Verbindlichkeiten in einer Situation mit niedrigen Zinssätzen zunehmen. Das Bankensystem erweist sich nun ansatzweise als fragil. Die großen Banken sind davon abgesehen gut kapitalisiert.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die *Monte dei Paschi* eine Kapitalspritze benötigt, da ihr Wertpapierbestand an den Preisen von September 2011 bewertet wird, d. h. an den vom IBI festgelegten Preisen. Wenn derselbe Wertpapierbestand zu aktuellen Preisen bewertet wird, sind deutliche Kapitalgewinne sichtbar. Allgemeiner ausgedrückt, weist das italienische Bankensystem wie andere Systeme die Auswirkungen der anhaltenden Rezession auf. Und genau das sollte in Angriff genommen werden. Ich wiederhole vor dem bereits erwähnten Hintergrund, dass die großen Banken kapitalisiert sind, obwohl ich zugeben muss, dass ich seit nahezu zwei Jahren – eineinhalb Jahren – nicht mehr da gewesen bin.

In einem gewissen Maße hat die Bank von Italien die Zügel in der Hand.

1-049

Leonardo Domenici (S&D). – Richtig, Herr Präsident. Danke für Ihre Antwort. Ich bezog mich auch darauf, dass der Chef der italienischen Zentralbank Ignazio Visco kürzlich selbst einige Themen, auf die ich anspielte, angeschnitten hatte.

1-050

Mario Draghi, Europäische Zentralbank. – Dann verweise ich auf seine Äußerungen zum Thema. Den Teil mit den Stiftungen möchte ich offen gesagt nicht kommentieren. Danke.

1-051

Gunnar Hökmark (PPE). – Im Schwedischen gibt es eine Redewendung, die frei übersetzt lautet: „Man sollte den Tag nicht vor dem Abend loben.“ Diese Redewendung kommt mir in den Sinn, wenn wir über Erholung sprechen, denn es gibt sicherlich wichtige Elemente der Erholung – Sie erwähnten Lohnstückkosten und eine Reihe von Veränderungen in Bezug auf Handelskonten usw. –, aber einige unserer großen Volkswirtschaften befinden sich weiterhin mehr oder weniger in einer Rezession und einige der Wachstumsprognosen sind nicht sehr positiv.

Auch andere Risiken im Hinblick auf die Haushaltspolitik und im Hinblick darauf, ob einige Mitgliedstaaten in der Lage sein werden, die Bedingungen des neuen Stabilitäts- und Fiskalpakts zu erfüllen, sind absehbar. Könnten Sie sich bitte dazu äußern, welche Risiken Sie in Bezug auf die Finanzstabilität sehen, wie etwa Rückschläge und Gegenreaktionen? Könnten Sie diese bitte beleuchten, um uns zu sagen, wie sie vermieden werden können? Ich glaube, das nennt man in den USA eine Multi-Dollar-

Frage, aber in Europa sollte sie Multi-Euro-Frage heißen.

1-052

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Also, was ich gesagt habe, ist, dass es verschiedene Anzeichen für eine verbesserte Finanzstabilität im Euroraum und verschiedene Anzeichen auf eine Rückkehr des Vertrauens in den Euroraum und in den Euro gibt. Ich habe die Reihe von Faktoren erwähnt, die diese Aussage untermauern würden, aber die allgemeine Situation ist immer noch instabil. Bevor es Wachstum gibt, wird dies auch so bleiben. Es muss also Wachstum geben, die Kreditflüsse müssen zunehmen und sich in die Realwirtschaft verlagern.

Ich habe zu Beginn gesagt, dass die Risiken für die Wirtschaftstätigkeit aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, der schwachen Nachfrage, des schwachen Konsums und der geringen Investitionen immer noch abwärtsgerichtet sind. Wie ich also bereits gesagt habe, ist das letzte Wort hierzu noch nicht gesprochen, und ich habe keinen Grund, diese Aussage zu ändern.

In der Zwischenzeit dürfen wir nicht lockerlassen, wir müssen uns beharrlich darum bemühen, unsere gemeinsamen Bilanzen zu verbessern, die Bilanzen der Staaten und die Bilanzen der Banken, und wir müssen unsere Kapitalmärkte für den Euroraum weiter instand setzen, insbesondere indem wir die Fragmentierung überwinden. Eine Vielzahl der Fragen, die Sie mir heute gestellt haben, haben damit zu tun, mit der fortwährenden Fragmentierung. Eine Frage lautete: „Wieso sollten KMU in unterschiedlichen Regionen der Union unterschiedliche Zinssätze bezahlen?“ Das ist eines der größten Hindernisse, die einem erneuten Wachstum im Wege stehen.

Ich denke, dass wir zu diesem Zeitpunkt wirklich nicht mehr tun können. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen; wir müssen unsere Arbeit weiterhin fortsetzen und dürfen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor nicht lockerlassen, und natürlich auch nicht auf europäischer Ebene, indem wir die Governance der Europäischen Währungsunion ändern, um eine echte Währungsunion zu erreichen.

1-053

Gunnar Hökmark (PPE). – Vielen Dank für die Erläuterungen. Ich möchte auf diese schwedische Redewendung hinweisen, denn wenn wir auf die vergangenen drei oder vier Jahre zurückblicken, haben wir viel zu oft den Tag vor dem Abend gelobt. Die Notwendigkeit, optimistisch zu sein und die Erfolge zu sehen, ist ein Problem. Auch wenn das wichtig ist, ist es manchmal auch eine Art, die realistische Sichtweise außer Acht zu lassen, nämlich dass wir auch mehr Reformen umsetzen müssen. Wir sollten versuchen, das Gleichgewicht zu wahren. Manchmal wollen wir viel zu sehr auf die optimistische Seite sehen, und neigen dazu, die Probleme zu vergessen, die wir immer noch haben.

1-054

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich stimme Ihnen zu, und wie Sie gesehen haben, versuchen wir, dies zu diesem Zeitpunkt zu vermeiden. Wir wollen sichergehen, dass wir die Situation sowohl in Bezug auf den Finanz- und Bankensektor als auch im Hinblick auf die Realwirtschaft realistisch beurteilen, bevor wir „den Tag loben“.

1-055

Olle Schmidt (ALDE). – Es tut mir leid, Herr Draghi, aber mit all den Vertretern aus den nordischen Ländern geht die Diskussion ein wenig in die nationalistische Richtung. Ich möchte Sie fragen – wieso sollten Dänemark und Schweden dem Euro beitreten? Also, ich befürworte den Euro, ich habe mich bereits von Anfang an dafür ausgesprochen, aber Sie haben sicherlich den Artikel im Economist gelesen, den mit dem Wikinger, über die Kritik in meinem Heimatland, die lautet: „Das ist das Ergebnis: Der Euro ist das Problem, nicht die Lösung.“ Tatsächlich sind verschiedene Währungen das Problem – aber nein, die öffentliche Meinung hört nicht auf mich, und vielleicht noch nicht einmal auf Gunnar Hökmark –, aber vielleicht könnten Sie sich noch einmal dazu äußern, denn ich denke, dass dies ein sehr wichtiges Thema ist, dass nach dem Ende der Krise neue Länder dem Euro beitreten werden.

Meine nächste Frage hat möglicherweise damit zu tun. Sie beschäftigt sich mit der Finanztransaktionssteuer und dem neuen Vorschlag der Kommission, der deutlich macht, dass es problematisch ist, außerhalb der Eurozone zu sein. Denken Sie, dass dieses Wohnsitzprinzip und jetzt das Emissionsprinzip die richtige Art und Weise sind, dies anzugehen? Was sind Ihrer Meinung nach die Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarktes, wenn Unternehmen in Ländern außerhalb der Eurozone für ihre legitime Währungssicherung aufgrund der exterritorialen Finanztransaktionssteuer höhere Kosten tragen müssen? Das ist natürlich für Länder wie mein Heimatland eine äußerst wichtige Frage.

1-056

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Zu Ihrer ersten Frage: Ich bin parteiisch, weil ich den Euro für eine gute Sache halte. Wie ich bereits vor Kurzem gesagt habe, werden wir gemeinsam Erfolg haben, wenn wir unsere Volkswirtschaften wiederbeleben können. Wir sind alle Opfer der Krise geworden.

Lassen Sie mich das verdeutlichen: Überlegen Sie sich, wie es verschiedenen Ländern mit verschiedenen Wechselkursen und Währungen während der Finanzkrise 2008 ergangen wäre. Die Instabilität in einer solchen Situation wäre ganz offensichtlich viel größer gewesen, als wir sie tatsächlich mit dem Euro erlebt haben.

Ehrlich gesagt bin ich in Bezug auf diesen Aspekt natürlich voreingenommen, und letztendlich haben die jeweiligen Regierungen und Länder ganz allein darüber zu entscheiden, ob sie dem Euro beitreten wollen. Ich

will die Länder, die nicht der Eurozone angehören, nicht dazu überreden, dem Euro beizutreten.

Der Euro hat viele Vorzüge. Wir haben jetzt einen Finanzmarkt, den wir vorher nicht gehabt haben und der von der Größe her dem Finanzmarkt der USA entspricht. Wir haben Preisstabilität, die es vorher in vielen Ländern nicht gab. Wir neigen dazu, das zu vergessen. Wir haben die niedrigsten Zinssätze in unserer Geschichte. Es gibt also viele Vorteile. Gegenwärtig ist man geneigt, die lange Liste an Vorteilen zu vergessen, die der Euro uns gebracht hat, weil dies eine Zeit der Rezession und der Arbeitslosigkeit ist, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, die besonders hoch ist. In einigen Ländern ist dies eine Zeit der Krise. Und dennoch ist die Liste der Vorteile sehr lang.

Zu Ihrem zweiten Punkt muss ich sagen, dass es nicht Sache der EZB ist, eine Entscheidung zu diesem steuerpolitischen Thema zu fällen. Ich verfüge weder über das Wissen noch über die Befugnis, dies zu kommentieren.

1-057

Olle Schmidt (ALDE). – Mit allem nötigen Respekt, aber dies ist ein politisches Organ, und daher stelle ich politische Fragen, und ich denke, dass es äußerst wichtig ist, zu hören, was Sie zu sagen haben. Die EZB ist vielleicht das verlässlichste Organ – oder Sie selbst sind vielleicht die verlässlichste Person – in der Europäische Union, und meine Frage ist auch ein Kommentar dazu, was Sie darüber gesagt haben, nämlich dass Sie nicht versuchen, Länder zu überreden, dem Euro beizutreten.

Ganz im Gegenteil, ich denke, dass Menschen wie Sie sich dazu äußern müssen, was gut ist für Europa. Sie haben das bei früheren Gelegenheiten getan, und heutzutage könnte es notwendiger sein als je zuvor, weil wir gute Argumente dafür hören müssen, weshalb wir Europa stärken müssen. Der Euro ist, wie Herr Trichet gesagt hat, ein gemeinsames Schicksal. Ich denke, dass die Bürgerinnen und Bürger der nordischen Länder diese Argumente hören müssen. Und vielleicht könnten Sie gleichzeitig etwas kritischer in Bezug auf die Finanztransaktionssteuer sein!

1-058

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Ich werde diese Botschaft mitnehmen, vielen Dank.

1-059

Gay Mitchell (PPE). – Herr Draghi, Irland hat sein Engagement zur Wiederherstellung des Wachstums und zur Stärkung unserer öffentlichen Finanzen gezeigt. Seit 2008 hat Irland eine Haushaltskonsolidierung in Höhe von fast 30 Mrd. EUR durchgeführt, was fast 20 % unseres BIP entspricht. Die Vereinbarung in Bezug auf den Austausch des Schuldscheindarlehens traf auf breite Unterstützung. Die Rendite für irische Staatsanleihen betrug früher fast 15 %. Vor dieser Ankündigung betrug sie 4,2 %, und jetzt beträgt sie 3,7 %. Die große Mehrheit der Analysten weist auf die Vorteile sowohl des irischen Finanzsystems als auch des Finanzsystems der Eurozone insgesamt im Hinblick auf die höhere Stabilität und Sicherheit hin, die mit der neuen Vereinbarung verbunden sind, sowie auf die deutliche

Reduzierung der außerordentlichen Liquiditätshilfedarlehen.

Ich habe Ihre jüngsten Kommentare, dass die EZB diese Vereinbarung weiter prüfen wird, zur Kenntnis genommen, und ich verstehe, dass die EZB ihre gesamte Geschäftstätigkeit prüfen muss, um sicherzustellen, dass sie im Rahmen ihres Mandat handelt. Daher gehe ich davon aus, dass Sie alle geldpolitischen Operationen der EZB kontinuierlich prüfen und dass Sie sich ausschließlich auf diese Vereinbarung beziehen. Meine Frage ist: In Ihrer Stellungnahme vom 7. Februar – dem Tag, an dem die Vereinbarung öffentlich bekanntgegeben worden ist – haben Sie gesagt, dass diese Vereinbarung zwischen der irischen Zentralbank und der irischen Regierung geschlossen worden ist, und Sie sagten auch, dass der EZB-Rat dies einmütig zur Kenntnis genommen hat. Ich möchte Sie darum bitten, den Ausschuss darüber zu informieren, ob sich an dieser Position seit der letzten Sitzung des EZB-Rats etwas Wesentliches geändert hat. Ich gehe davon aus, dass dies nicht der Fall ist. Liege ich da richtig, Herr Draghi?

1-060

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Ich weiß nicht genau, was das genau heißen soll, ob es eine Veränderung bei dem gegeben hat, was man zur Kenntnis genommen hat. Wir haben es zur Kenntnis genommen, das ist alles. Es ist nicht so, dass wir jetzt, eine Woche später, sagen könnten, dass wir es nicht zur Kenntnis nehmen. Wir haben es zur Kenntnis genommen. Es ist mir nicht klar, wie sich unsere Kenntnisnahme geändert haben könnte. Es ist keine Haltung, bei der man zuerst sagt, dass man zustimmt, und dann, dass man ihr nicht zustimmt, es ist nur eine Kenntnisnahme.

1-061

Gay Mitchell (PPE). – Ich freue mich, dass Sie sich weiterhin auf Ihre ursprüngliche Kenntnisnahme berufen. Ich bin sehr froh darüber. Vielen Dank.

Herr Draghi, könnten Sie vielleicht einen Ausblick auf das vor uns liegende Jahr wagen und uns sagen, ob Sie angesichts der Wirtschaftsleistung Irlands denken, dass das Land das Programm bald verlassen wird?

1-062

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Ich kann das nicht wirklich im Voraus beurteilen, aber Irland befindet sich bisher, würde ich sagen, in Bezug auf praktisch alle Teile des Programms auf dem richtigen Weg, und das mit erstaunlichem Erfolg. Es wurden sehr bedeutende Erfolge erzielt. Es gibt immer noch Bereiche des Finanzsektors, in denen weitere Maßnahmen notwendig sind, aber im Großen und Ganzen hat Irland bewundernswerte Leistungen erzielt. Wenn ich richtig liege, läuft das Programm ohnehin zum Ende des Jahres aus, und dann wird es beurteilt werden.

1-063

Die Vorsitzende. – Könnte ich vielleicht an dieser Stelle etwas zur Situation in Irland einwerfen, da dieses Thema angesprochen worden ist und es dazu einige

Fragen gegeben hat. Liege ich da richtig – Sie haben das erwähnt –, dass die Gelegenheit zum Widerspruch gewissermaßen verstrichen ist, weil die Anleihen emittiert werden und zu gegebener Zeit hoffentlich wieder ordnungsgemäß auf den Markt kommen?

1-064

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Nein, nicht notwendigerweise. Wir werden zu gegebener Zeit die Vereinbarkeit mit Artikel 123 überprüfen, und wenn wir dies tun, werden wir sehen, ob das Abkommen oder die Transaktion zwischen der irischen Regierung und der irischen Zentralbank mit Artikel 123 vereinbar ist. Wenn dies nicht der Fall ist, werden wir sehen, welche rechtlichen Abhilfemaßnahmen eingeleitet werden müssen.

1-065

Peter Simon (S&D). – Herr Präsident Draghi! Meine Frage geht in die Richtung, wie wir uns denn den Austausch mit Ihnen vorzustellen haben, wenn die Europäische Zentralbank letztlich als europäische Aufsichtsbehörde fungiert. Bereits heute haben wir die Situation, dass auch der normale Bürger und juristische Personen Anspruch auf Zugang zu Unterlagen, Dokumenten der Europäischen Zentralbank haben unter der Voraussetzung, dass das öffentliche Interesse nicht gefährdet wird. Jetzt hatten wir jüngst den Fall, wo der Europäische Gerichtshof entschieden hat, dass zwei Studien der Europäischen Zentralbank zu Griechenland nicht an die Öffentlichkeit preisgegeben werden mit der Begründung, die Dokumente hätten den Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik der Union und Griechenlands beeinträchtigt, wenn sie denn veröffentlicht würden.

Jetzt tagen wir hier öffentlich. Wir tauschen uns mit Ihnen auch öffentlich aus. Wenn Sie die Aufsicht ausüben – und jetzt denken wir insbesondere an die großen, systemrelevanten Institute –, wenn es bei der Ausübung der Aufsicht dann einmal richtig spannend wird, also wenn es dort ein Problem gibt bei einem systemrelevanten Institut, dann haben wir doch automatisch regelmäßig das öffentliche Interesse, in einem Spannungsfeld zu unserem Recht/Anspruch/Interesse informiert zu werden. Wie stellen Sie sich den Austausch gerade in diesen schwierigen, Einzelbanken, aber dann auch Einzelstaaten betreffenden Fragen vor? Wo liegt für Sie die Grenze zwischen öffentlicher Rechenschaftspflicht uns gegenüber als Parlament und dem Schutz dieser öffentlichen Interessen?

1-066

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Diese Frage umfasst zwei verschiedene Aspekte. Der erste Aspekt ist die Rechenschaftspflicht, über die das Parlament und die Legislative zu entscheiden hat. Das Einzige, was ich sagen kann, ist, dass die EZB bereit ist, unter allen möglichen Rahmenbedingungen und Ausführungen Rechenschaft abzulegen. Es steht fest, dass die Übertragung von Aufsichtsbefugnissen auf die EZB dazu führen wird, dass die Fälle, in denen sie Rechenschaft ablegen muss, erheblich zunehmen sowie dass sie eine größere

Rechenschaftspflicht hat. Vonseiten der EZB gibt es sicherlich keinen Widerspruch gegen eine umfangreichere Rechenschaftspflicht. Wir sind weiterhin vollkommen offen dafür. Die Entscheidung darüber, wo, wann und wie dies geschehen soll, liegt jedoch vollständig in den Händen des Europäischen Parlaments und der Legislative.

Was Fragen der Transparenz betrifft – Sie bezogen sich auf den Fall Bloomberg-Griechenland –, werden die EZB und der SSM verschiedene Vorschriften haben, und wir werden eine strikte Trennung zwischen der Währungspolitik und der Aufsichtstätigkeit einhalten müssen. Es gab also Gründe für die Haltung, die die EZB als währungspolitische Institution eingenommen hat, nämlich dass sie sich mit diesem bestimmten Fall befasst hat, was möglicherweise nicht der Fall gewesen wäre, wenn die Angelegenheit im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus behandelt worden wäre – oder es könnte andere Gründe geben, die aus währungspolitischer Sicht für den SSM und nicht für die EZB zulässig sind. Wir müssen das in gewisser Hinsicht untersuchen und ausarbeiten. Die Situation wird klarer aussehen, wenn der SSM in Kraft ist.

1-067

Jacek Saryusz-Wolski (PPE). – Herr Präsident, danke für Ihre Worte zur möglichen Öffnung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Länder außerhalb der Eurozone.

1-068

Ich begrüße Ihre Erklärung und ich glaube – und hoffe –, dass dies kein Fehler ist. Es ist eine Frage der Rechte und ob wir etwas verändern sollten, wenn wir den SSM für andere Staaten öffnen. Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, sollten in der Tat als Mitgliedstaaten der Eurozone definiert werden, für die eine vorübergehende Ausnahmeregelung gilt. Auf ihrem Weg zum Euro koppeln sie ihre Währungen an den Euro, wie es im Vertrag festgelegt ist, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie dem Euro beitreten. Es ist also nicht logisch, sie aus der neuen Architektur, die gebaut wird, auszuklammern. In diesem Sinne bin ich der Ansicht, dass Sie, Herr Draghi, sich im Innersten Ihres Herzens als Präsident der EZB für die gesamte EU zuständig fühlen, und nicht nur für die Eurozone.

Beim ESM hatten wir das Problem der Aufsicht über Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, und dementsprechend nicht vertreten sind. Es wurde ein Lösung gefunden – auch wenn sie nicht perfekt ist –, aber wenn Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, nicht am SSM teilnehmen dürfen, werden sie einer Aufsicht unterworfen sein, ohne über den Rettungsmechanismus verfügen zu können, der im Rahmen des ESM zur Verfügung stand, und ohne das spezielle Sicherheitsnetz, das er bietet. Das würde zur Schaffung von zwei Kategorien von Banken im Rahmen des SSM führen: Diejenigen, die nicht nur beaufsichtigt, sondern auch abgewickelt werden oder denen geholfen wird, und diejenigen, die nur beaufsichtigt werden würden, denen man sagen würde, was sie zu tun haben, und die man dann alleine lassen würde. Das würde zur Schaffung von zwei Kategorien auf der Grundlage von

ungleichen Ausgangsbedingungen in einem Bankenraum führen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass in den Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa, die nicht der Eurozone angehören, 70 % bis 100 % der Banken Tochterunternehmen von Banken aus der Eurozone sind. Kapitalmobilität findet auf dem gesamten Binnenmarkt und nicht nur innerhalb der Eurozone statt und wird nicht eingeschränkt. Was wir erleben, ist nicht die Krise des Euro als Währung, sondern eine Krise der Überschuldung von Staaten und Banken – einige von ihnen sind in der Eurozone, aber andere befinden sich außerhalb der Eurozone, was oft vergessen wird. Es ist also falsch und unlogisch, die Architektur und die Maßnahmen ausschließlich auf die Eurozone zu beschränken. Wieso sollten wir das tun? Ist es einfacher? Fehlt der politische Wille? Wollen wir zwei Ebenen der Solidarität in der Union schaffen?

Um noch etwas weiter zu gehen, ist in dem kürzlich veröffentlichten Buch von Sylvie Goulard und Mario Monti sogar die Rede von einem Selbstbestimmungsrecht der Eurozone, was für diejenigen außerhalb der Eurozone schockierend ist. Das könnte in wirtschaftlicher Hinsicht zu ernsthaften wirtschaftlichen Verwerfungen führen und die Wettbewerbsprinzipien des Binnenmarktes bei den Finanzdienstleistungen und dem Bankensektor verletzen.

Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, werden, falls sie nicht auf die gleichen Ausgangsbedingungen zurückgreifen können, wenn sie Schaden erleiden, entsprechende Maßnahmen ergreifen müssen, die der Integrität des Binnenmarktes schaden könnten. Wir sollten also besser versuchen, bei diesen Bemühungen eine offene und inklusive Lösung für die Zukunft zu finden. Vor uns liegen die nächsten Schritte: Ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus und ein Einlagensicherungssystem sind die beiden verbliebenen Säulen der Bankenunion. Die Frage ist, wo würden Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, und deren Banken dort hineinpassen?

1-069

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Die Frage ist tatsächlich sehr kompliziert, also werde ich darauf antworten, indem ich Ihnen die Richtung aufzeige, die wir meiner Ansicht nach gemeinsam eingeschlagen haben, indem wir den SSM geschaffen haben, indem wir angefangen haben, die Grundlagen dieser Union der Banken und Finanzmärkte zu schaffen.

Das erste Ziel, das wir erreichen wollen, ist im Grunde genommen eine Reaktion... nun, gehen wir zurück zur Situation nach der Krise. Wir haben erlebt, wie einige sehr große systemrelevante grenzüberschreitend tätige Institutionen insolvent geworden sind. Diese Ereignisse machten die Notwendigkeit einer stärkeren Koordinierung der Überwachung deutlich. Gemeinsam sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir im Euroraum, um eine echte Währungsunion zu haben, in der es große systemrelevante grenzüberschreitend tätige Banken gibt, ein einziges Aufsichtsorgan haben müssen.

Später haben wir herausgefunden, dass die Krise zusätzlich auch verdeutlicht hatte, dass es eine perverse Verbindung zwischen Staaten und Banken gibt. Der erste Schritt zur Auflösung dieser Verbindung besteht darin, sicherzustellen, dass es nur ein Aufsichtsorgan im Euroraum gibt. Aus einer Vielzahl an Gründen war dies die allgemeine Einschätzung, dass der Aufsichtsrahmen viel stärker und solider wäre, wenn es nur ein Aufsichtsorgan im Zentrum gäbe, das selbstverständlich eng mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeitet, aber die Hauptverantwortung würde im Zentrum liegen.

Der dritte Punkt – und dann haben wir natürlich die anderen Säulen umrissen und skizziert: die einheitliche Abwicklungsbehörde, den einheitlichen Abwicklungsmechanismus und die Einlagensicherung, und darüber hinaus hat unsere Beurteilung ergeben, dass niemand den Binnenmarkt zerstören will. Wir sind uns alle einig, dass der Binnenmarkt einer der größten Erfolge ist, den wir haben, und wir wollen dies nicht zur Diskussion stellen. Was ich also zu diesem Zeitpunkt sagen kann, ist, dass wir alle unser Bestes tun, um für diese Situation Lösungen zu finden, was ganz offensichtlich schwierig ist, weil 17 Länder eine gemeinsame Währung haben. Sie haben besondere Bedürfnisse und ein spezielles Tempo, mit dem sie die Probleme dieser Währung lösen, während andere dies nicht tun, aber das oberste Ziel ist die Erhaltung des Binnenmarktes: zu erreichen, was wir für den Euro brauchen, aber gleichzeitig den Binnenmarkt erhalten.

1-070

Sylvie Goulard (ALDE). – Da man mich zitiert hat – und ich war nicht die Einzige, die man zitiert hat, und auch nicht korrekt – möchte ich kurz etwas sagen. Wofür ich mich in meinem Buch ausgesprochen habe, ist genau das, was Sie zu Beginn gesagt haben. Diejenigen, die dem Euro beitreten wollen, befinden sich in einer provisorischen Situation außerhalb der Eurozone, aber tatsächlich gehören sie dazu. Wir plädieren dafür, dass zwischen diesen Ländern und denjenigen, die sich endgültig dafür entscheiden, draußen zu bleiben, unterschieden werden sollte.

1-071

Die Vorsitzende. – Damit sind wir am Ende des monetären Dialogs.

(Die Sitzung wird um 17.30 Uhr geschlossen)